

zeit **geschichte**



Befragung von Studierenden in Österreich zu
Autoritarismus, Geschichtsbildern und
demokratischer Disposition

Autorin: Petra Ziegler

Bericht
Wien. 2018

WLAB ■
Wiener Institut für
Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung

Bibliografische Information

Ziegler, Petra (2018): Befragung von Studierenden in Österreich zu Autoritarismus, Geschichtsbildern und demokratischer Disposition. Projektabschlussbericht des Wiener Instituts für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung (WIAB). Wien: WIAB.

Projektleitung (WIAB): Petra Ziegler

Projektleitung (Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte): Oliver Rathkolb

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger:

Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte

c/o Institut für Zeitgeschichte

Universität Wien

Spitalgasse 2-4, Hof 1

1090 Wien

Inhaltsverzeichnis

Daten zur Befragung	4
Zusammenfassung	5
1 Einleitung	8
1.1 Hintergrund der Befragung	8
1.2 Methodik	8
2 Ergebnisse der Befragung	9
2.1 Kapitalismus und Globalisierung	9
2.2 Autoritarismus	13
2.3 Anomie	24
2.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	32
2.5 Geschichtsverarbeitung	45
2.6 Struktur der Umfrage-TeilnehmerInnen	50
3 Literaturverzeichnis	54

Daten zur Befragung

Themen	<ul style="list-style-type: none"> • Kapitalismus und Globalisierung • Autoritarismus • Anomie • Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit • Geschichtsverarbeitung
Auftraggeber	Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte
Unterstützt durch	Österreichische Hochschüler_innerschaft
Grundgesamtheit	Studierende an österreichischen öffentlichen Universitäten
Teilnehmende Universitäten	Donau-Universität Krems Medizinische Universität Graz Medizinische Universität Innsbruck Medizinische Universität Wien Montanuniversität Leoben Musik- und Kunstuniversitäten Technische Universität Graz Technische Universität Wien Universität für Bodenkultur Wien Universität Graz Universität Innsbruck Universität Klagenfurt Universität Linz Universität Salzburg Universität Wien Veterinärmedizinische Universität Wien Wirtschaftsuniversität Wien
Rücklaufquote	2.654 vollständig ausgefüllte Fragebögen
Gewichtung	Nach Geschlecht und Studienrichtung, um Rückschlüsse auf die Gesamtpopulation ziehen zu können.
Art der Befragung	Online-Befragung; zweimalige Aussendung zur Umfrage durch Österreichische Hochschüler_innerschaft
Befragungszeitraum	15.1. 2018 – 9.2.2018

Zusammenfassung

Die Befragung unter Studierenden zu den Themen Autoritarismus, nationalen Geschichtsbildern und demokratischer Disposition zeigt:

Kapitalismus- und Globalisierungskritik nehmen ab

Bei den Aussagen: „Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen“, „Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden“ sowie „In Österreich bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse“ kam es im Vergleich mit den Ergebnissen von 2011 zu einer deutlichen Reduktion bei der Zustimmung.

Demokratie weiterhin klar beste Regierungsform, gleichzeitig steigende Zustimmung für ExpertInnen und starke Führungspersönlichkeit

84 % sehen die Demokratie als beste Regierungsform an – trotz der Probleme, die sie mit sich bringen mag; gleichzeitig steigt die Zustimmung zu ExpertInnen, die darüber entscheiden sollen, was das Beste für das Land ist, auf 38 % (2011 waren es 33 %). Und auch bei der starken Führungspersönlichkeit, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, gibt es mit 8 % eine zwar geringe, aber dennoch größere Zustimmung als 2011 (5 % Zustimmung).

Gleichzeitig nimmt das Gefühl wenig Mitsprache in der Politik zu haben ab: 2018 stimmen 21 % der befragten Studierenden zu, dass „Leute wie ich sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“ (2011 waren es mit 29 % noch deutlich mehr). Und auch politisches Engagement wird als durchaus sinngebend angesehen – sowohl beim generellen politischen Engagement (79 %) als auch im Rahmen einer politischen Partei (53 %) haben sich die Zustimmungswerte im Vergleich zu 2011 verbessert (69 % bzw. 42 %).

EU-Mitgliedschaft positiv für die österreichische Demokratie, möglicher Türkei-Beitritt wird hingegen deutlich abgelehnt

Eine klare Mehrheit (55 %) ist der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft die Demokratie in Österreich stärkt, 2011 waren es 32 %. Auch die Grenzöffnung 1989 wird überwiegend positiv gesehen: 73 % geben an, dass Österreich von dieser profitiert hat (2011: 61 %). Bei der Frage, ob die Türkei Mitglied der EU werden soll, kam es zu einer deutlichen Veränderung: Stimmten 2011 noch 26 % zu, sind es 2018 nur noch 5 %; 79 % lehnen 2018 einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ab (2011 waren es 48 %).

Ablehnung von Männerbünden und Burschenschaften bei Frauen sehr deutlich ausgeprägt

Frauen stimmen der Aussage „Die Mitgliedschaft in einem Männerbund (z.B. Cartellverband, Freimaurer, Burschenschaften) ist nicht mehr zeitgemäß“ mit 74 % zu, Männer mit 42 %. Bei den Männern lehnt hingegen eine Mehrheit (46 %) die Aussage ab, dass Männerbünde nicht mehr zeitgemäß sind, Frauen hingegen nur zu 14 %.

Und auch bei der Aussage „Schlagende Burschenschaften sollte es im 21. Jahrhundert nicht mehr geben“¹ zeigen sich große Unterschiede nach Geschlecht: Frauen lehnen schlagende Burschenschaften mit großer Mehrheit (85 %) ab. Bei den Männern ist es hingegen fast unentschieden: 46 % stimmen der Aussage zu (und sind somit der Meinung, dass es

¹ Die sogenannte „Liederbuchaffäre“ der FPÖ kurz vor der Landtagswahl in Niederösterreich fiel in den Erhebungszeitraum. Diese wurde am 23.1.2018 durch den Falter publik gemacht, da war die 1. Aussendungsrunde der Umfrage gerade abgeschlossen (die 2. Runde begann am 30.1.2018).

schlagende Burschenschaften im 21. Jahrhundert nicht mehr geben sollte), 44 % lehnen die Aussage ab (bei den Frauen sind es 9 %).

Toleranz gegenüber Anderen nimmt tendenziell ab

Bei einzelnen Aussagen zu Juden/Jüdinnen und Muslimen/Muslimas zeigen sich keine großen Veränderungen zur Befragung von 2011: So z.B. zum Recht Synagogen bzw. Moscheen bauen zu können – dazu gibt es weiterhin hohe Zustimmung unter den Studierenden (Synagogen: 88 %, Moscheen: 72 %). Allerdings zeigt sich bei einigen Aussagen eine Tendenz Anderen gegenüber weniger tolerant zu sein, z.B. beim Recht nach den eigenen Glaubensgesetzen leben zu können (Juden/Jüdinnen: 79 % Zustimmung, 2011: 83 %; Muslime/Muslimas: 66 %, 2011: 74 %).

Weiters stimmen 10 % der Aussage zu, dass Muslimen/Muslimas die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden sollte, 2011 waren es 4 %. Und auch der Aussage „Durch die vielen Muslime/Muslimas hier fühle ich mich manchmal wie ein/e Fremde/r im eigenen Land“ stimmen mit 20 % deutlich mehr Personen zu als 2011 (15 %).

Bei den Aussagen zu Zuwanderern/Zuwanderinnen setzt sich dieser Trend fort: 25 % stimmen der Aussage zu, dass diese die Kriminalität erhöhen (2011: 17 %), weitere 11 % geben an, dass sie nur nach Österreich kommen, um den Sozialstaat auszunützen (2011: 7 %); gleichzeitig stimmen weniger Personen zu, dass Zuwanderer/Zuwanderinnen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen machen (54 % 2018; 62 % 2011) oder im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft sind (52 % 2018; 57 % 2011).

Geschichtsbewusstsein konstant

Sehr geringe Veränderungen zeigen sich bei den Einstellungen zur Geschichtsverarbeitung: Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus sehen 11 % der Befragten (2011: 10 %), die Diskussion über den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg sollte für 14 % beendet werden (2011: 15 %) und 47 % geben an, dass ÖsterreicherInnen Nutzen aus der Ermordung der Juden/Jüdinnen gezogen haben (2011: 44 %).

Unterschiede nach Geschlecht und Studienrichtung

Unterschiede zeigten sich bei den Einstellungen nach Geschlecht und Studienrichtung, wobei v.a. Frauen und Studierende aus den Bereichen Lehramt, Sozial- und Geisteswissenschaften sowie Bodenkultur progressiver eingestellt sind und provokante Aussagen deutlicher ablehnen bzw. positiv formulierte stärker befürworten. Männer und Studierende der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Technik, teilweise auch aus den Naturwissenschaften², sind zumeist konservativer eingestellt. Dieser Trend hat sich auch bei der Befragung von 2011 gezeigt.

Zur Befragung

WIAB gemeinsam mit dem Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte und der Österreichischen Hochschüler_innenschaft haben von Januar bis Februar 2018 eine Online-Befragung unter österreichischen Studierenden durchgeführt. Die Ergebnisse sind für die öffentlichen Universitäten repräsentativ (2.654 vollständig ausgefüllte Fragebögen), die max. Schwankungsbereite beträgt +/- 1,9 %. Die Daten wurden nach Geschlecht und Studienrichtung gewichtet und nach diesen differenziert ausgewertet.³

² So z.B. bei den Aussagen „ExpertInnen sollten darüber entscheiden, was für das Land das Beste ist“, „Ich empfinde es als sinnlos, mich politisch zu engagieren“ oder „Juden/Jüdinnen in Österreich sollten das Recht haben, nach ihren Glaubensgesetzen zu leben“.

³ Alle Studienrichtungen, für die differenziert Ergebnisse präsentiert werden, weisen Fallzahlen von über 100 auf – jene unter 100, wie z.B. Montanistik oder Kunst, werden nicht extra ausgewiesen.

Unterschiede beim Antwortverhalten nach Parteienpräferenz bei der letzten Nationalratswahl der Studierenden wurden bei einzelnen Fragen angeführt – sind jedoch nicht repräsentativ und müssen daher mit Vorsicht interpretiert werden. Kleinere Universitätsstandorte, wie Klagenfurt und die Donau-Universität Krems, wurden nur in geringer Anzahl erreicht und sind somit für eine eigene Auswertung nicht ausreichend abgebildet.

2011 fand eine Online-Befragung unter Studierenden statt, bei der rund 14.500 vollständig ausgefüllte Fragebögen eingegangen sind. Die Umfrage war für die Universitäten in Wien, Graz, Innsbruck, Salzburg und Linz repräsentativ – Klagenfurt sowie die medizinischen und technischen Universitäten in Graz und Innsbruck wurden jedoch nicht ausreichend erreicht und waren somit nicht ausreichend abgebildet. Trotz dieser Einschränkungen werden die Ergebnisse von 2011 bei den Häufigkeiten angeführt, da sie eine Tendenz erkennen lassen, in welche Richtung sich die Einstellungen der Studierenden in den letzten Jahren entwickelt haben.

Weitere Informationen und Kontakt

Oliver Rathkolb (oliver.rathkolb@univie.ac.at)

Petra Ziegler (ziegler@wiab.at)

1 Einleitung

1.1 Hintergrund der Befragung

Im Wintersemester 2017/18 wurde vom Wiener Institut für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung gemeinsam mit dem Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte und der Österreichischen Hochschüler_innenschaft eine Online-Umfrage unter Studierenden in Österreich zu den Themen Globalisierung, Autoritarismus, nationalen Geschichtsbildern und demokratischer Disposition durchgeführt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden nach geschlechtsspezifischen Aspekten sowie nach Studienrichtung differenziert ausgewertet und vergleichend mit den Ergebnissen der Online-Umfrage von 2011 gegenübergestellt.

1.2 Methodik

Der Fragebogen wurde bereits 2011 und 2012 im Rahmen von Umfragen unter Studierenden an öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen verwendet und für die Befragung 2018 adaptiert. So wurden aus aktuellem Anlass zwei Fragen zu Männerbünden bzw. Burschenschaften ergänzt sowie bei den sozio-demographischen Informationen Fragen zum Migrationshintergrund sowie zum höchsten Bildungsabschluss der Eltern ergänzt.

Der Online-Fragebogen wurde im Programm „LimeSurvey“ erstellt und mittels Link von der Österreichischen Hochschüler_innenschaft an alle Studierenden in Österreich im Rahmen von zwei Newslettern im Januar 2018 verschickt. Die Umfrage war vom 15. Januar bis zum 9. Februar 2018 online.

Das Ziel auch ausreichend Fragebögen von Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen zu erhalten konnte leider nicht erreicht werden, da der Rücklauf von diesen – sowie den Privatuniversitäten – zu gering war, um eine eigene valide Auswertung rechtfertigen zu können. Somit wurden im Rahmen der vorliegenden Auswertung ausschließlich die Fragebögen der Studierenden von öffentlichen Universitäten analysiert. Von den öffentlichen Universitäten sind 2.654 vollständig ausgefüllte Fragebögen eingegangen. Die maximale Schwankungsbreite beträgt +/- 1,9 %. Alle Studienrichtungen, für die differenzierte Ergebnisse präsentiert werden, weisen Fallzahlen von über 100 auf – jene unter 100, wie z.B. Montanistik oder Kunst, werden nicht extra ausgewiesen.

Die Daten wurden nach Geschlecht (interessanterweise hatten mehr Männer als Frauen an der Umfrage teilgenommen) und Studienrichtung gewichtet, um Rückschlüsse auf die Gesamtpopulation ziehen zu können.

2 Ergebnisse der Befragung

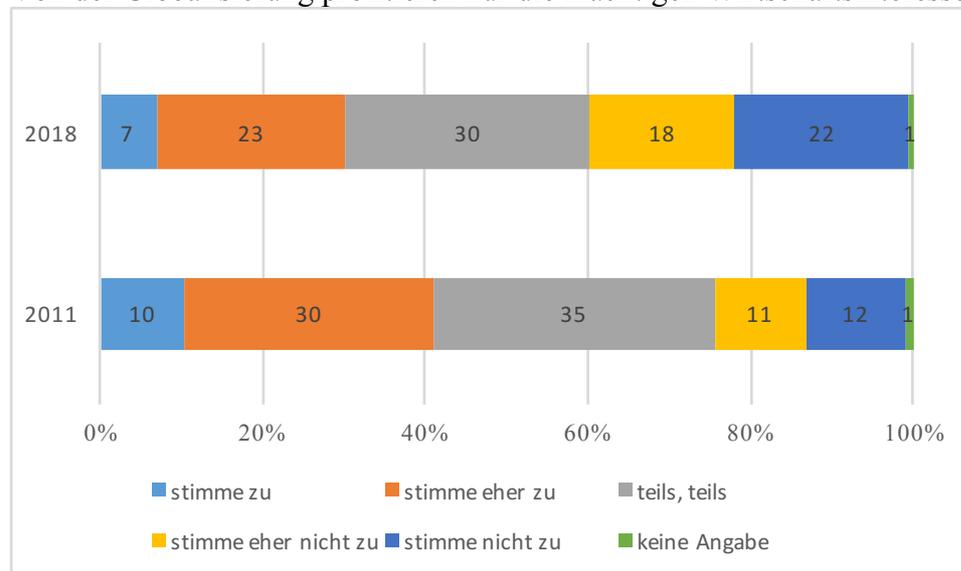
Um von den Ergebnissen auf die Grundgesamtheit der Studierenden Rückschlüsse ziehen zu können, wurden diese nach Geschlecht und Studienrichtung gewichtet.

Zum Vergleich der Ergebnisse mit 2011 muss vorab festgehalten werden, dass die Befragung von 2011 nicht alle öffentlichen Universitäten in Österreich erfasste; somit sind die Ergebnisse nur unter Einschränkungen mit jenen von 2018 vergleichbar. 2011 wurden Studierende an den Universitäten Wien, Linz, Graz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt, der Universität für Bodenkultur, den Medizinischen Universitäten Wien, Graz, und Innsbruck, den Technischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck sowie der Wirtschaftsuniversität Wien befragt. Sehr wenige Rückmeldungen gab es 2011 von der Universität Klagenfurt, den Medizinischen Universitäten in Graz und Innsbruck sowie von den Technischen Universitäten in Graz und Innsbruck.⁴ Trotz der genannten Einschränkungen werden die Ergebnisse von 2011 bei den Häufigkeiten angeführt, da sie eine klare Tendenz erkennen lassen, in welche Richtung sich die Einstellungen der Studierenden entwickelt haben.

2.1 Kapitalismus und Globalisierung

Insgesamt stimmen 30 % der Aussage zu, dass von der Globalisierung nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen profitieren, 40 % lehnen die Aussage ab und 30 % antworteten mit teils, teils. In der Befragung von 2011 stimmten 40 % der Aussage zu, 35 % antworteten mit teils, teils, 23 % stimmten nicht zu.

Abbildung 1
Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.



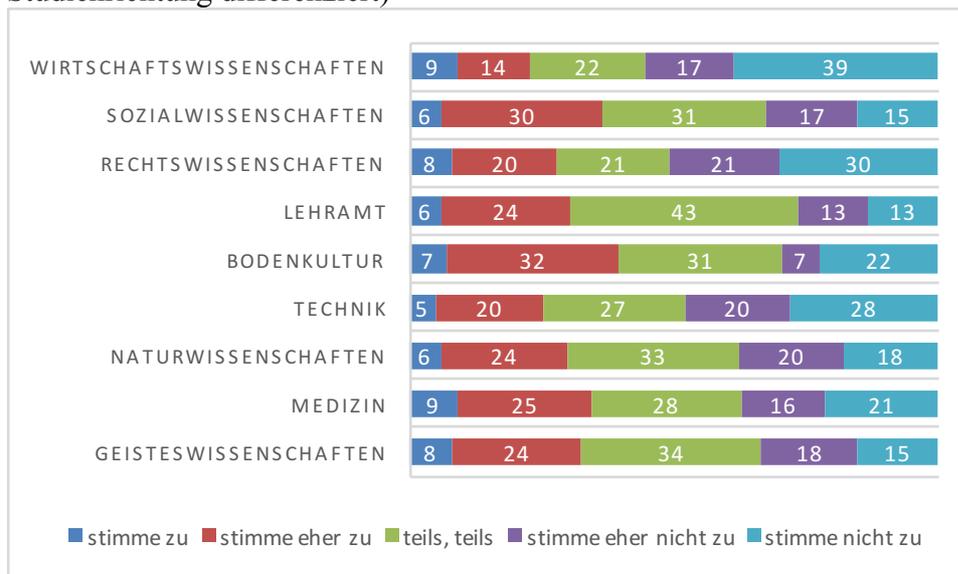
Quelle: Umfrage 2018 & 2011

⁴ Daher wurde 2011 bei den Studienrichtungen nicht nach Technik, Naturwissenschaften und Medizin unterschieden. Medizin konnte 2011 gar nicht erfasst werden, Technik und Naturwissenschaften wurden im Rahmen von MINT gemeinsam behandelt.

Nach Studienrichtung⁵ differenziert zeigt sich, dass v.a. Studierende der Wirtschaftswissenschaften dieser Aussage wenig zustimmen (56 % stimmen der Aussage eher nicht bzw. nicht zu). Auch Studierende der Rechtswissenschaften (51 %) lehnen die Aussage mehrheitlich ab. Umgekehrt stimmen Studierende der Bodenkultur mit 39 % der Aussage am stärksten zu (29 % lehnen ab), gefolgt von jenen aus den Sozialwissenschaften (36 % Zustimmung, 32 % Ablehnung).

Abbildung 2

Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen (nach Studienrichtung differenziert)



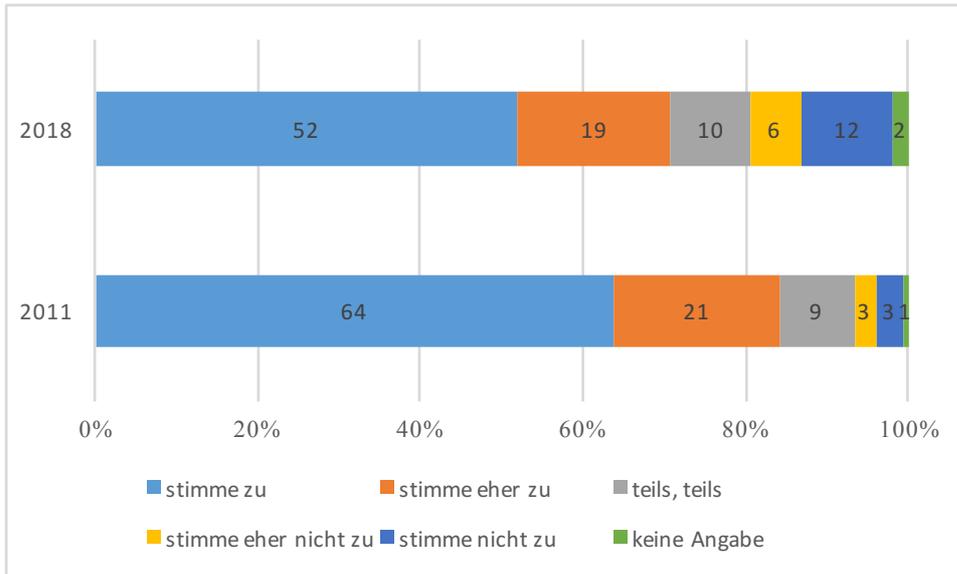
Quelle: Umfrage 2018

71 % der Studierenden stimmen der Aussage zu, dass die Ausplünderung der „Dritten Welt“ durch die kapitalistischen Industriestaaten beendet werden muss, 18 % lehnen die Aussage ab und 10 % antworten mit teils, teils. 2011 stimmten noch 85 % der Studierenden der Aussage zu und nur 6 % stimmen nicht zu.

⁵ Die Einteilung der Studienrichtungen wurde weitgehend (abgesehen vom Lehramt) von der Statistik Austria übernommen, v.a. auch um mittels der Verwendung von Gewichten auf die Grundgesamtheit Rückschlüsse ziehen zu können.

Abbildung 3

Die Ausplünderung der „Dritten Welt“ durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.

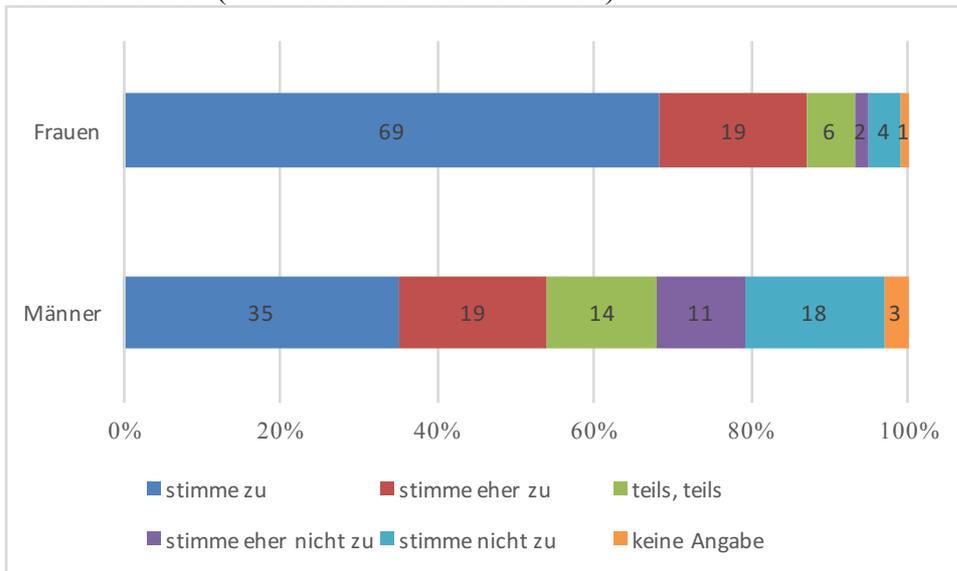


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Bei dieser Frage zeigt sich ein Unterschied nach Geschlecht: Frauen stimmen der Aussage mit insgesamt 88 % deutlich stärker zu als Männer (54 %); letztere stimmen der Aussage im Umkehrschluss dann auch öfter eher nicht bzw. nicht zu (29 %; bei den Frauen sind es nur 6 %).

Abbildung 4

Die Ausplünderung der „Dritten Welt“ durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden (nach Geschlecht differenziert)

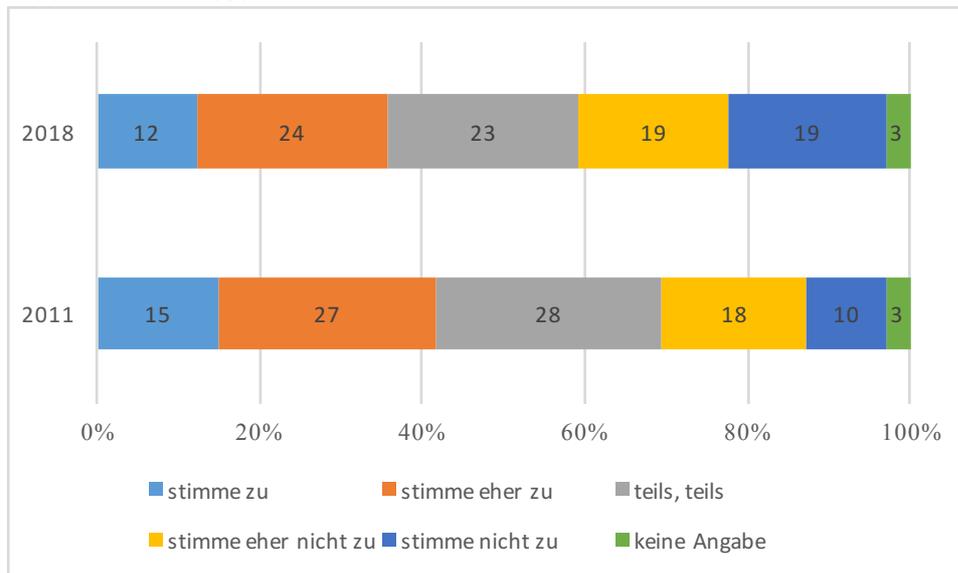


Quelle: Umfrage 2018

36 % stimmen der Aussage zu, dass in Österreich immer noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse bestehen, 38 % lehnen die Aussage ab (23 % antworten mit teils, teils, 3 % machen keine Angabe). 2011 stimmten noch 42 % der Studierenden der Aussage zu und vergleichsweise geringe 28 % stimmten nicht zu.

Abbildung 5

In Österreich bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.

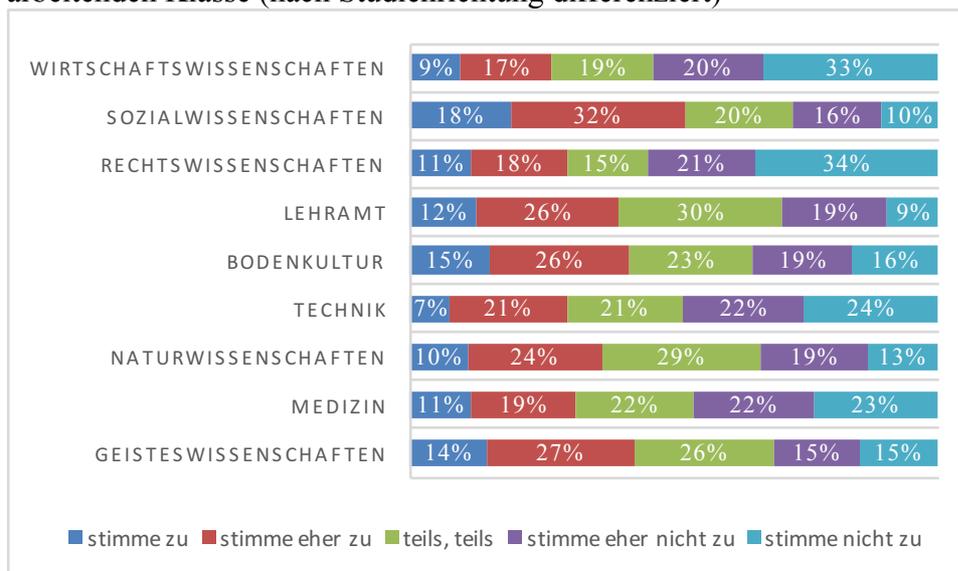


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung verteilt zeigt sich, dass v.a. Studierende aus den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften die Aussage, dass in Österreich noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse bestehen, ablehnen (55 % bzw. 53 %). Studierende der Sozialwissenschaften stimmen als einzige der Aussage mehrheitlich (50 %) zu bzw. lehnen die Aussage zu vergleichsweise geringen 26 % ab.

Abbildung 6

In Österreich bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse (nach Studienrichtung differenziert)



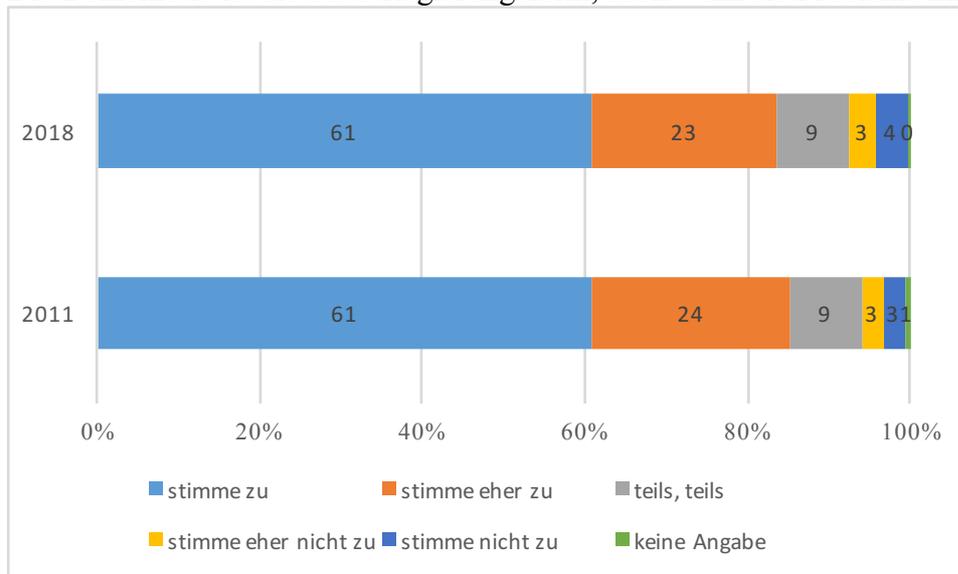
Quelle: Umfrage 2018

2.2 Autoritarismus

84 % stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Regierungsform ist, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag, 7 % stimmen eher nicht bzw. nicht zu, 9 % antworten mit „teils, teils“. Bei dieser Frage zeigt sich im Vergleich zu 2011 nur sehr wenig Veränderung: Damals stimmten 85 % der Studierenden zu, 6 % stimmten nicht zu.

Abbildung 7

Die Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.

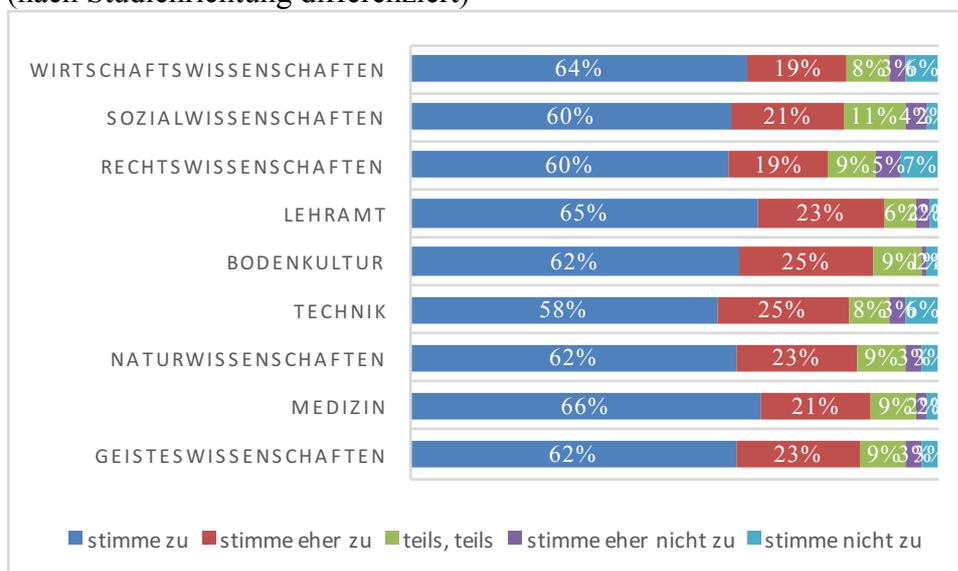


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert zeigt sich, dass die Zustimmung über alle Bereiche hinweg sehr groß ist – die höchste Ablehnung der Aussage zeigt sich mit 12 % bei den Studierenden der Rechtswissenschaften, auch Wirtschaftswissenschaften und Technik zeigen mit 9 % vergleichsweise höhere Werte.

Abbildung 8

Die Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag (nach Studienrichtung differenziert)



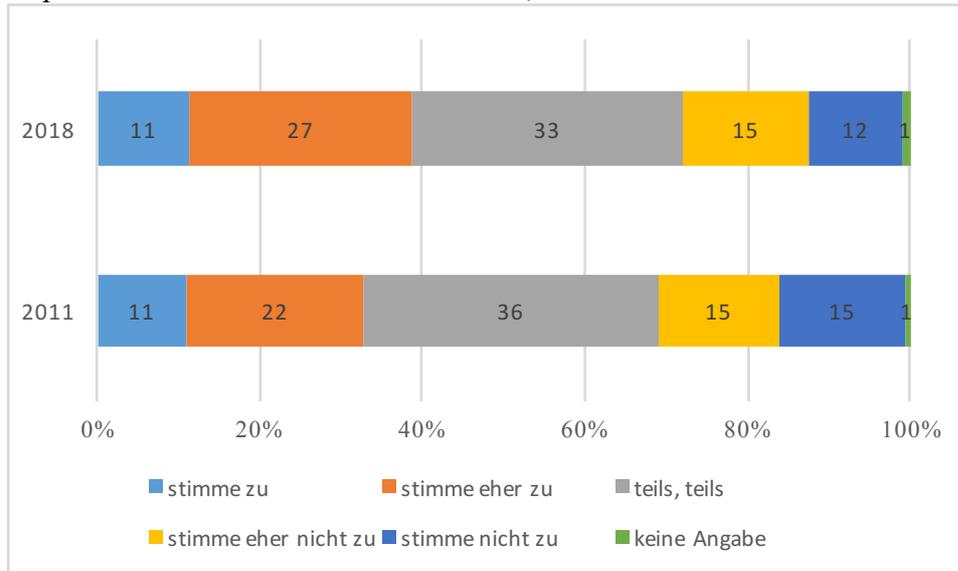
Quelle: Umfrage 2018

38 % stimmen der Aussage zu, dass ExpertInnen darüber entscheiden sollten, was für das Land das Beste ist, 27 % stimmen eher nicht bzw. nicht zu. Bei dieser Frage zeigt sich ein sehr hoher Wert an „teils, teils“ (33 %), d.h. die Studierenden möchten sich nicht eindeutig deklarieren.

2011 stimmten 33 % der Studierenden zu, 30 % lehnten ab. Mit 36 % „teils, teils“ war die Mehrheit damals unentschlossen.

Abbildung 9

ExpertInnen sollten darüber entscheiden, was für das Land das Beste ist.

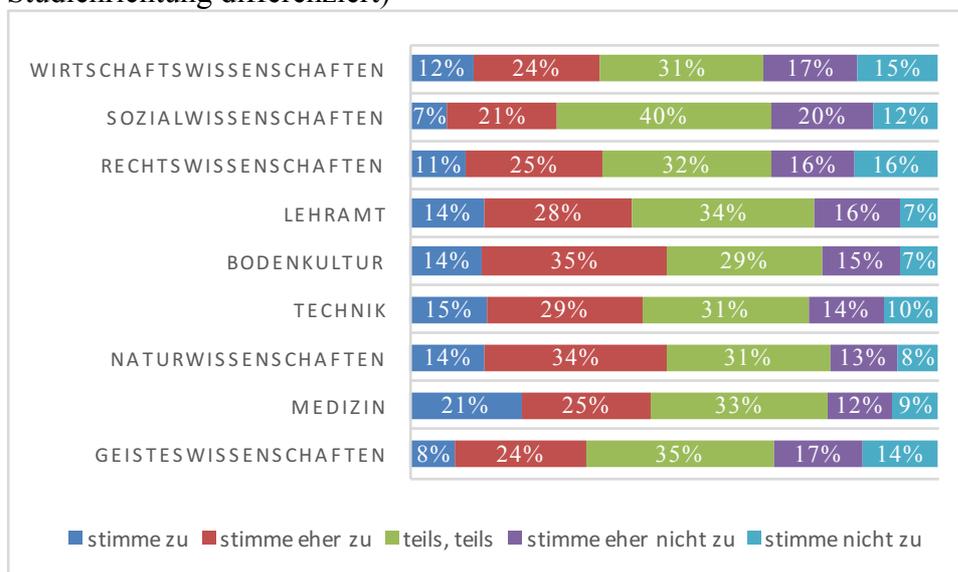


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert zeigt sich, dass v.a. Studierende der Bodenkultur und der Naturwissenschaften der Aussage mit 49 % bzw. 48 % deutlich stärker zustimmen, jene der Sozial- und Geisteswissenschaften stimmen mit 28 % bzw. 32 % deutlich seltener zu.

Abbildung 10

ExpertInnen sollten darüber entscheiden, was für das Land das Beste ist (nach Studienrichtung differenziert)

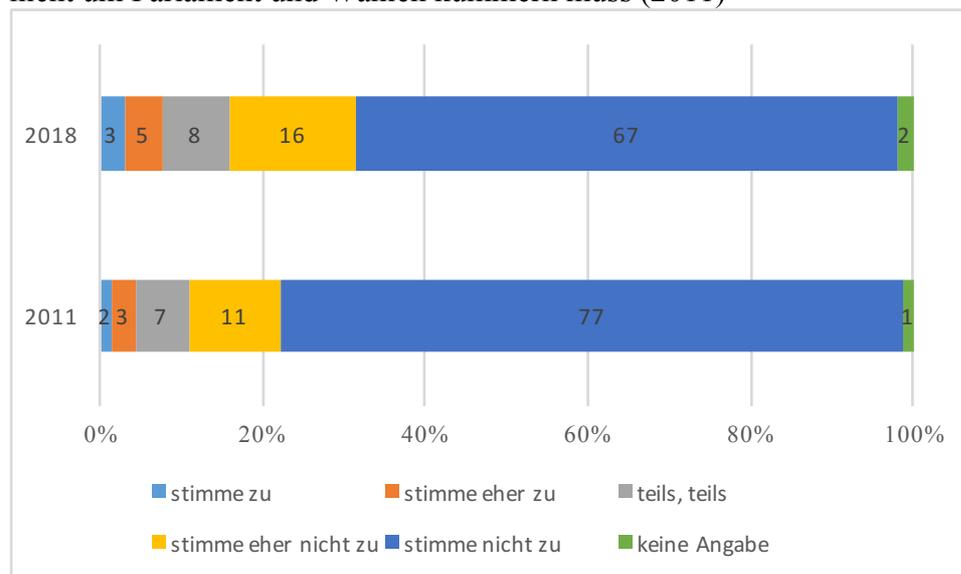


Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage „Man sollte eine starke Führungspersönlichkeit haben, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“⁶ stimmen 8 % zu, 82 % lehnen dies ab, 8 % antworten mit „teils, teils“, 2 % machen keine Angabe. 2011, als die Frage noch ein wenig anders formuliert wurde und nach einem/r starken/r FührerIn gefragt wurde, wünschten sich 5 % der Befragten eine/n solchen, 88 % lehnten dies ab.

Abbildung 11

Man sollte eine starke Führungspersönlichkeit haben, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss (2018) bzw. Man sollte eine/n starken FührerIn haben, der/die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss (2011)



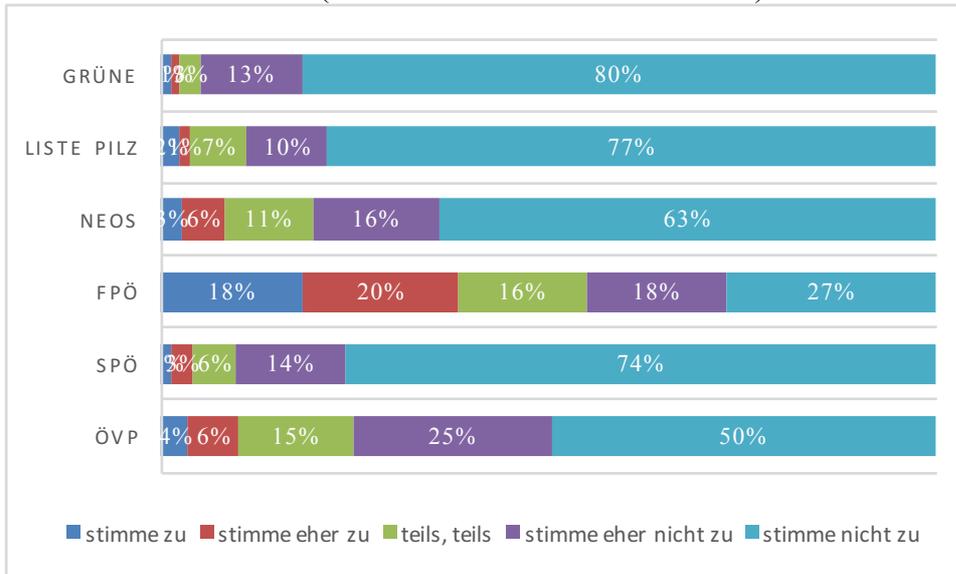
Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Bei der Befragung 2018 haben sich deutlich mehr Studierende hinsichtlich ihres Wahlverhaltens bei der letzten Nationalratswahl deklariert als noch 2011 (2018 haben rund zwei Drittel Angaben zum Wahlverhalten gemacht, 2011 waren es nur ein Drittel). Die Angaben sind somit zwar nicht repräsentativ, allerdings bei einzelnen Fragen dennoch sehr interessant anzuführen, da sie einen Eindruck der Einstellungen von studentischen WählerInnen einzelner Parteien widerspiegeln. Zur Frage, ob man eine starke Führungspersönlichkeit haben sollte, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, gaben v.a. WählerInnen der FPÖ an, dass sie diese Aussage unterstützen würden (38 %), gefolgt von WählerInnen der ÖVP mit 10 % und den NEOS mit 9 %. Die studentischen WählerInnen der anderen drei Parteien (SPÖ, Liste Pilz, Grüne), die eher im linken ideologischen Bereich angesiedelt sind, lehnen die Aussage deutlich ab (88 %, 87 %, 93 %).

⁶ Diese Frage wurde basierend auf Ergebnissen aus der Testphase (Dezember 2017) umformuliert, da zunächst mit zwei Fragen (1x männliche Form, 1x weibliche Form) operiert worden war, was die Studierenden, die an der Testung teilgenommen hatten, irritierte. Weiters gab es so gut wie keine unterschiedlichen Angaben bei den nach Geschlecht differenzierten Fragestellungen, sodass die Frage mit einer geschlechtsneutralen Formulierung („Führungspersönlichkeit“) in die Umfrage aufgenommen wurde.

Abbildung 12

Man sollte eine starke Führungspersönlichkeit haben, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss (nach Wahlverhalten differenziert)

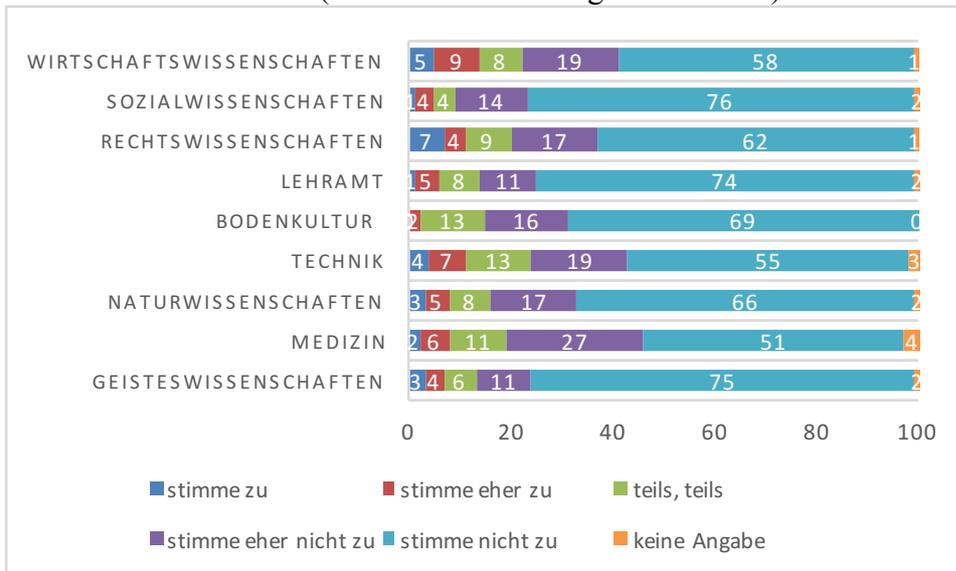


Quelle: Umfrage 2018

Nach Studienrichtung differenziert zeigt sich bei dieser Frage, dass Studierende der Wirtschaftswissenschaften (14 %) sowie Rechtswissenschaften und Technik (jeweils 11 %) dieser Aussage deutlich stärker zustimmen als z.B. Studierende der Bodenkultur (nur 2 % stimmen eher zu) oder der Sozialwissenschaften (5 % Zustimmung).

Abbildung 13

Man sollte eine starke Führungspersönlichkeit haben, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss (nach Studienrichtung differenziert)

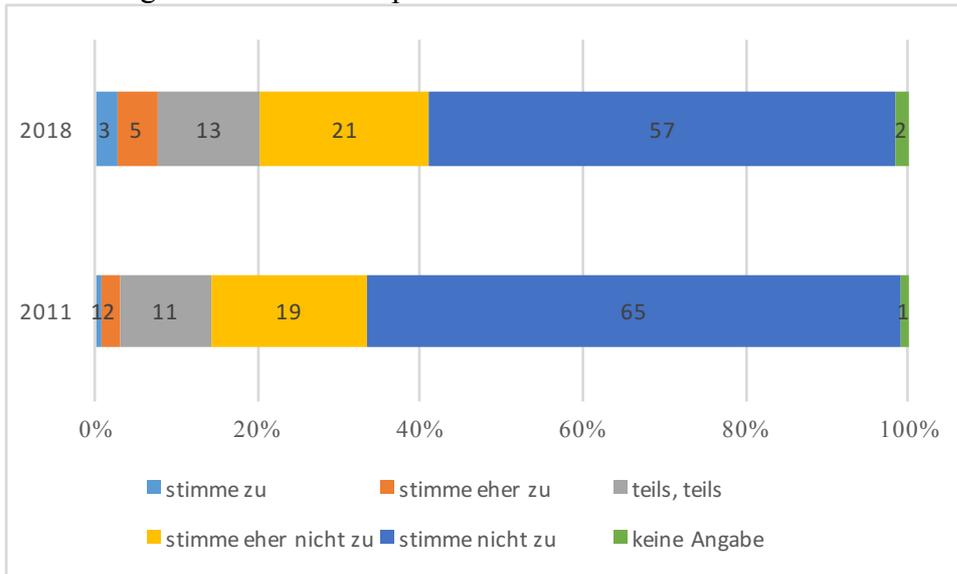


Quelle: Umfrage 2018

Dass es Kindern im Allgemeinen hilft, wenn sie gezwungen werden, sich den Vorstellungen der Eltern anzupassen, befürworteten 8 %, 78 % lehnen dies ab, 13 % antworten mit „teils, teils“, 2 % machen keine Angabe. 2011 stimmten hingegen nur 3 % der Studierenden zu, 84 % lehnten die Aussage ab.

Abbildung 14

Im Allgemeinen hilft es einem Kind im späteren Leben, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen der Eltern anzupassen.

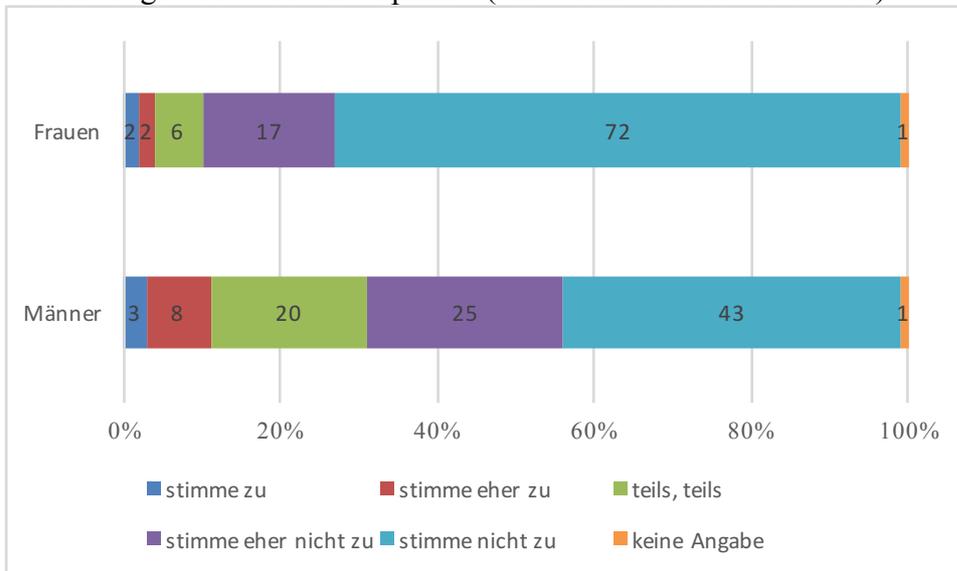


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Bei dieser Frage zeigt sich wiederum eine unterschiedliche Ausprägung beim Antwortverhalten nach Geschlecht: Frauen stimmen der Aussage deutlich seltener zu (4 %) und lehnen diese umgekehrt stärker ab (89 %). Männer stimmen hingegen öfter zu (11 %) und lehnen die Aussage mit 68 % deutlich geringer ab als Frauen.

Abbildung 15

Im Allgemeinen hilft es einem Kind im späteren Leben, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen der Eltern anzupassen (nach Geschlecht differenziert)

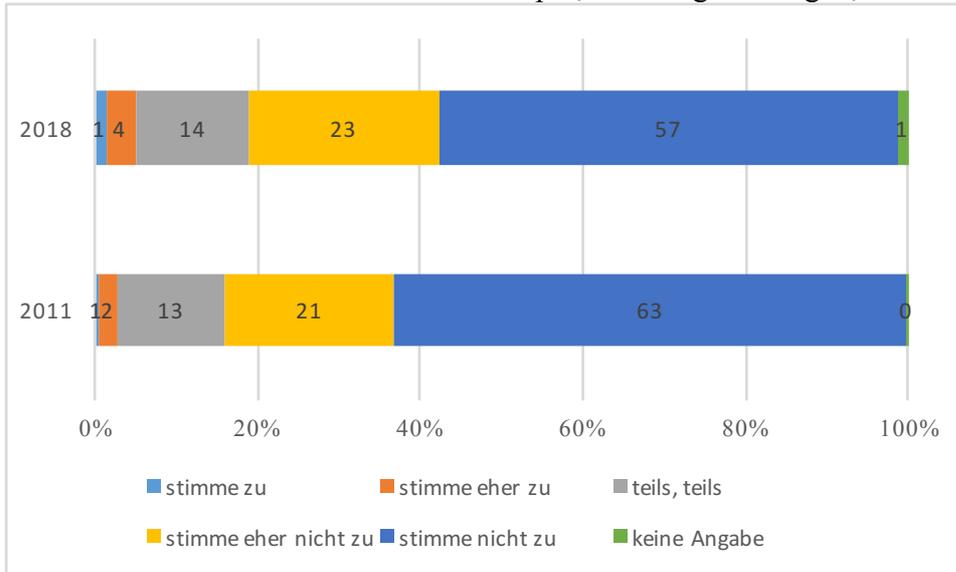


Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage, dass wir dankbar sein müssten für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir zu tun haben, stimmen 5 % zu, 80 % lehnen dies ab, 14 % antworten mit „teils, teils“. 2011 stimmten 3 % zu, 84 % lehnten ab.

Abbildung 16

Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir zu tun haben.

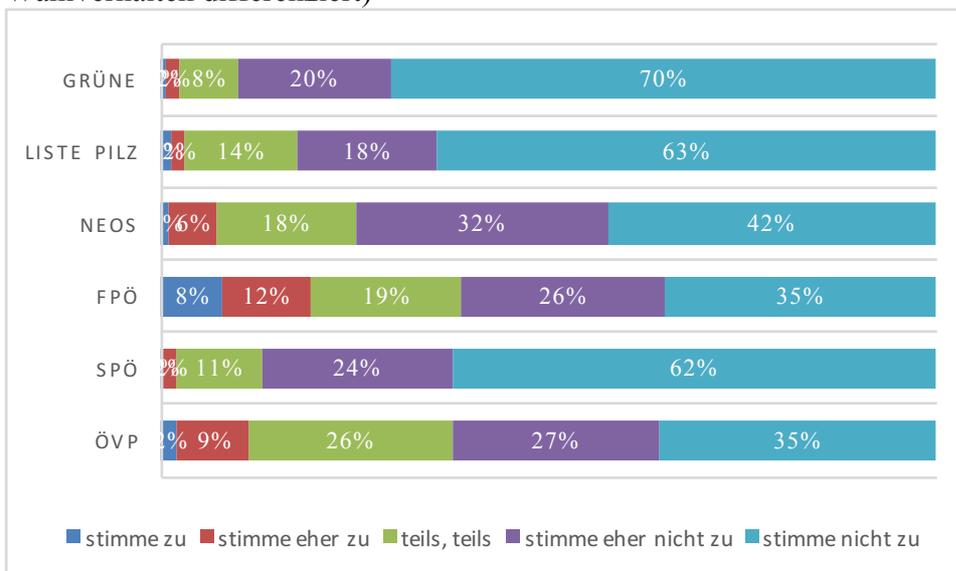


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Wahlverhalten bei der letzten Nationalratswahl zeigt sich auch bei dieser Frage, dass es bei FPÖ-WählerInnen mit 20 % eine deutlich stärkere Zustimmung zu führenden Köpfen gibt, als bei studentischen WählerInnen anderer Parteien. Auch WählerInnen der ÖVP stimmen mit 11 % deutlich öfter zu, gefolgt von den NEOS mit 7 %. Ähnlich wie bei der Frage nach der starken Führungspersönlichkeit lehnen die WählerInnen der SPÖ, Liste Pilz und Grünen diese Aussage am deutlichsten ab (86 %, 81 %, 90 %).

Abbildung 17

Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir zu tun haben (nach Wahlverhalten differenziert)

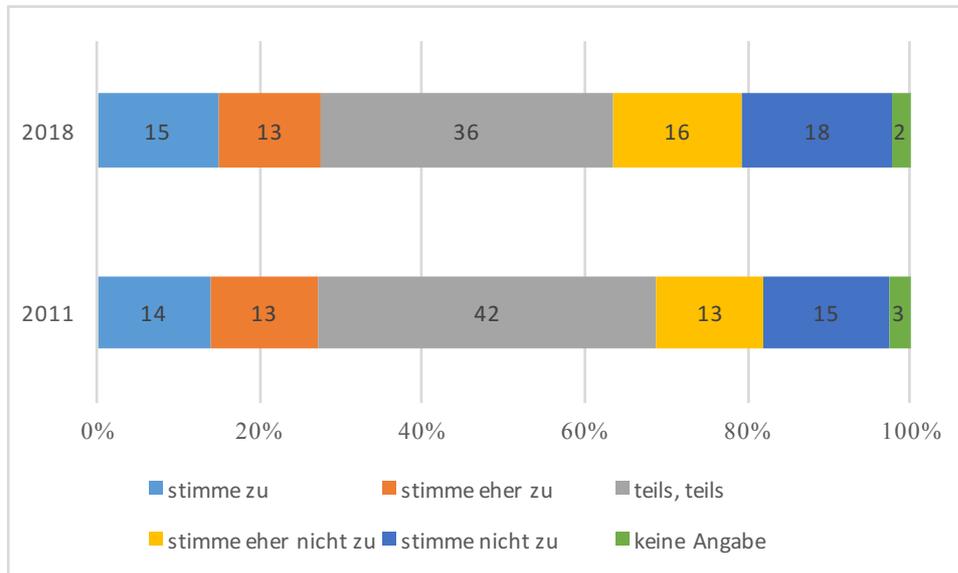


Quelle: Umfrage 2018

28 % stimmen der Aussage zu, dass Verbrechen härter bestraft werden sollten, 35 % lehnen dies ab. Eine Mehrheit ist bei dieser Frage mit „teils, teils“ unentschlossen (36 %), weitere 2 % machen keine Angabe. Dies war 2011 ähnlich, als 27 % der Aussage zustimmten, 28 % diese ablehnten und eine deutliche Mehrheit (42 %) unentschlossen war. Dies könnte ein

Hinweis darauf sein, dass die Frage nur schwer einzuschätzen ist und evtl. in Zukunft ein wenig kontextualisiert oder spezifiziert werden sollte.

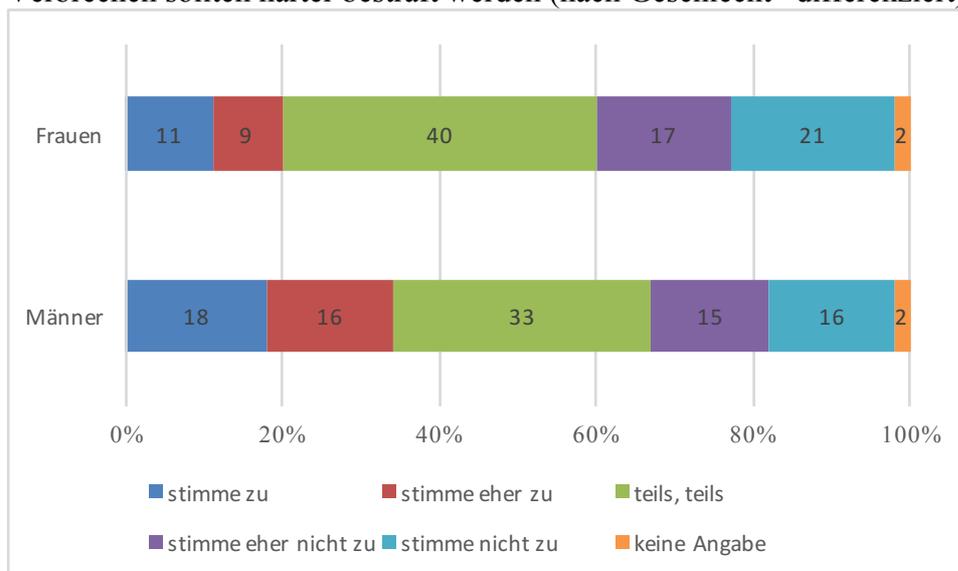
Abbildung 18
Verbrechen sollten härter bestraft werden.



Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Es zeigt sich bei der Frage, dass Frauen der Aussage einerseits – im Vergleich zu den Männern – seltener zustimmen (20 %) bzw. diese stärker ablehnen (38 %); aber auch, dass sich Frauen mit 40 % „teils, teils“ bei dieser Frage schwer tun eine klare Zustimmung oder Ablehnung zu signalisieren. Männer stimmen der Aussage hingegen mehrheitlich zu (34 %), 32 % lehnen sie ab und 33 % antworten „teils, teils“.

Abbildung 19
Verbrechen sollten härter bestraft werden (nach Geschlecht* differenziert)



* aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Werte zu „keine Angabe“ nur angeführt, wenn sie mehr als 2 % ausmachen, ansonsten sind diese nicht explizit ausgewiesen

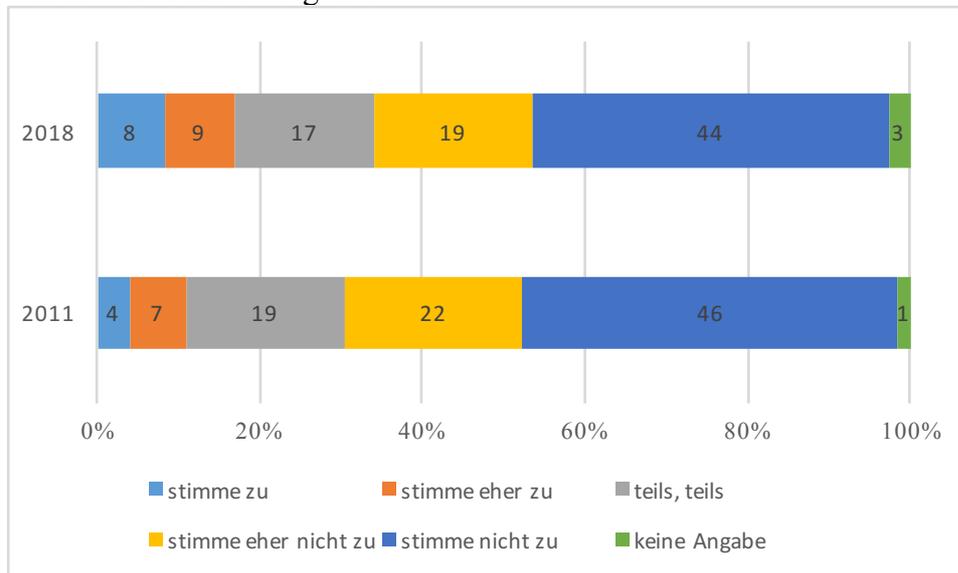
Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage „Um Recht und Ordnung zu wahren, sollte man härter gegen AußenseiterInnen und UnruhestifterInnen vorgehen“ stimmen insgesamt 17 % der Studierenden zu, 63 %

lehnen sie ab, 17 % antworten mit „teils, teils“, weitere 3 % machen keine Angabe. 2011 stimmten insgesamt 11 % der Studierenden zu – 68 % lehnten die Aussage ab.

Abbildung 20

Um Recht und Ordnung zu wahren, sollte man härter gegen AußenseiterInnen und UnruhestifterInnen vorgehen.

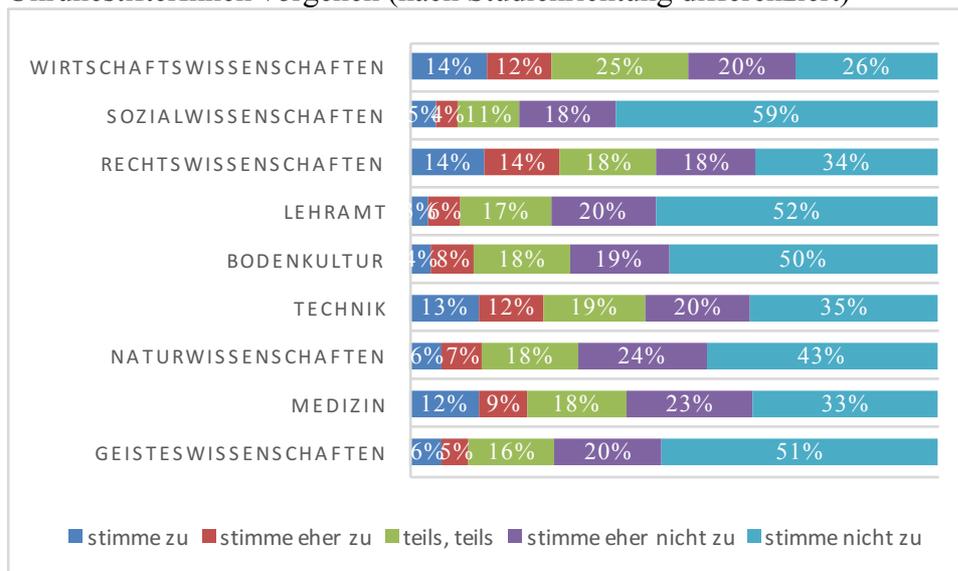


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert zeigt sich, dass v.a. Studierende aus Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Technik dieser Aussage stärker zustimmen (28 %, 26 %, 25 %). Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Lehramt stimmen im Vergleich nur selten zu (11 %, 9 %, 9 %).

Abbildung 21

Um Recht und Ordnung zu wahren, sollte man härter gegen AußenseiterInnen und UnruhestifterInnen vorgehen (nach Studienrichtung differenziert)



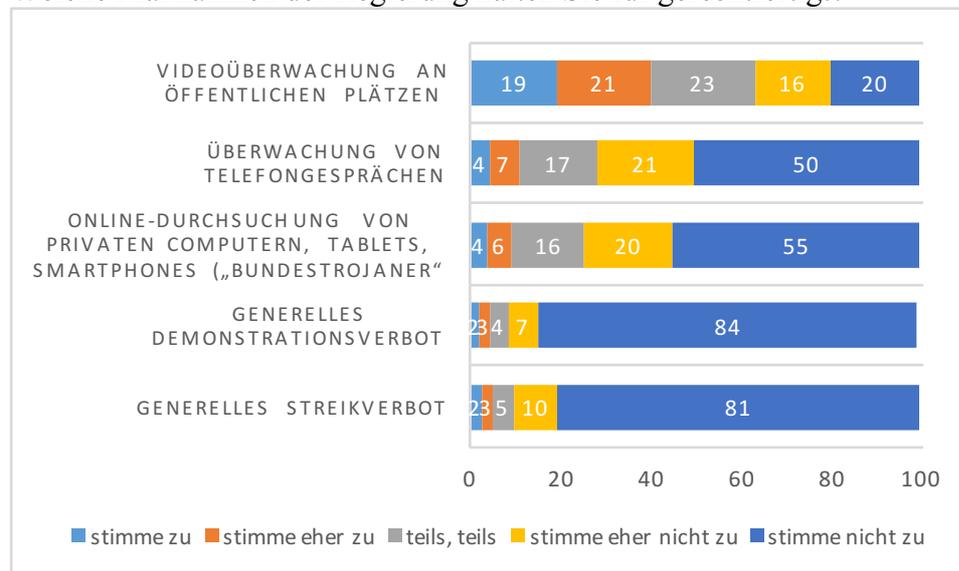
Quelle: Umfrage 2018

Bei den Fragen nach gerechtfertigten Maßnahmen der Regierung werden ein generelles Streikverbot und ein generelles Demonstrationsverbot sehr klar abgelehnt: jeweils 91 %

halten diese Maßnahmen für nicht gerechtfertigt. 2011 lehnten 94 % ein generelles Streikverbot ab 96 % ein generelles Demonstrationsverbot. Die Onlinedurchsuchung von privaten PCs wird von 75 % der Befragten abgelehnt (2011 waren es 80 %) und die Überwachung von Telefongesprächen von 71 % (2011: 75 %). Die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen wird hingegen nur von 36 % abgelehnt (2011: 39 %), 40 % stimmen einer solchen zu (2011: 34 %). Somit zeigt sich, dass weiterhin massive Einschränkungen, wie ein generelles Streik- oder Demonstrationsverbot, sehr stark abgelehnt werden, bei den „softeren“ Maßnahmen, wie der Videoüberwachung zeigt sich im Unterschied zur Befragung von 2011 jedoch eine Mehrheit, die diese Maßnahme für gerechtfertigt hält. Auch bei der Überwachung von Telefongesprächen gibt es 2018 mehr Verständnis als noch 2011: damals hielten nur 5 % diese Maßnahme für gerechtfertigt, 2018 sind es 11 %. Und auch bei der Online-Durchsuchung zeigt sich, dass diese 2011 nur von 4 % befürwortet wurde, 2018 sind es bereits 10 %. Somit haben sich in den letzten Jahren die Einstellungen zur Überwachung geändert und Studierende sehen einzelne Maßnahmen heute weniger kritisch als noch 2011.

Abbildung 22

Welche Maßnahmen der Regierung halten Sie für gerechtfertigt?

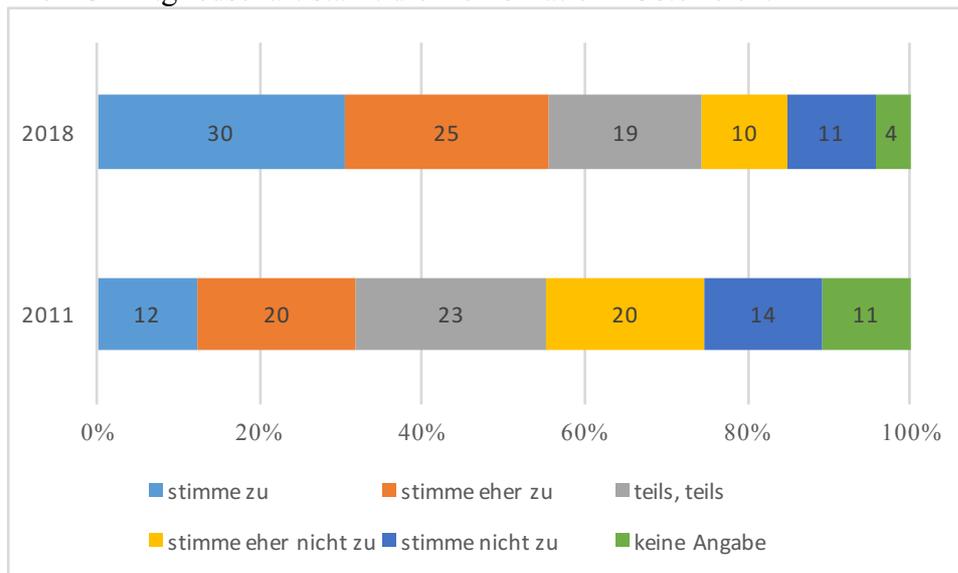


Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage „Die EU-Mitgliedschaft stärkt die Demokratie in Österreich“ stimmen 55 % zu, 21 % lehnen diese ab. 19 % können sich mit „teils, teils“ nicht entscheiden, weitere 4 % machen keine Angabe. Dies zeigt eine deutliche Verbesserung der Einstellung der Studierenden hinsichtlich des Einflusses der EU-Mitgliedschaft auf die Demokratie in Österreich: 2011 stimmten nur 32 % zu, 34 % lehnten die Aussage ab, 23% konnten sich mit „teils, teils“ weder für Zustimmung noch Ablehnung entscheiden, 11% antworten „weiß nicht“ und wollen sich ebenfalls nicht deklarieren.

Abbildung 23

Die EU-Mitgliedschaft stärkt die Demokratie in Österreich.

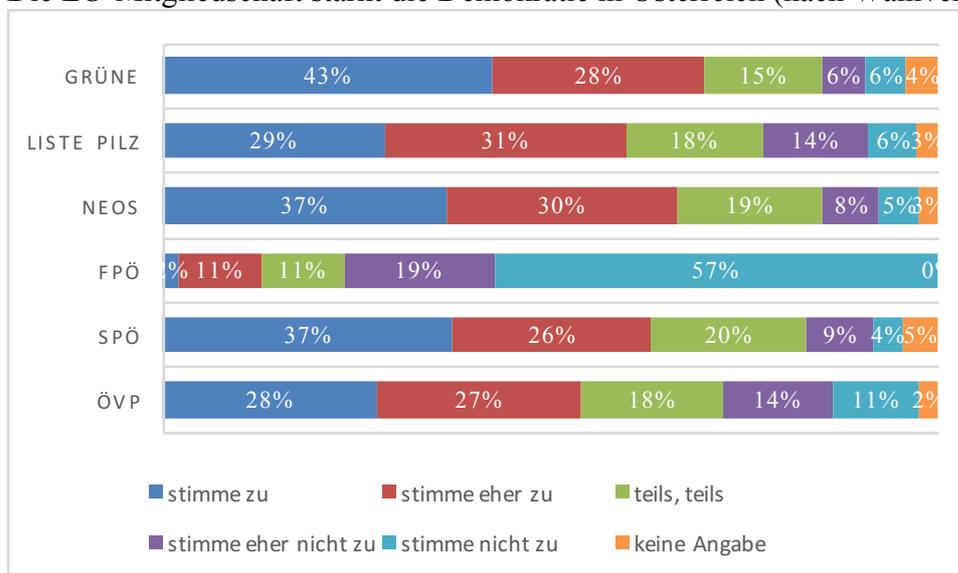


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Wahlverhalten zeigt sich bei dieser Frage, dass v.a. WählerInnen der Grünen (70 %), der NEOS (67 %) und der SPÖ (63 %) dieser Aussage zustimmen. Studentische WählerInnen der FPÖ stimmen hingegen nur zu 13 % bzw. lehnen dies zu 77 % ab; und auch jene der ÖVP stimmen mit 45 % deutlich geringer zu bzw. lehnen dies mit 25 % stärker ab als der Durchschnitt der Befragten.

Abbildung 24

Die EU-Mitgliedschaft stärkt die Demokratie in Österreich (nach Wahlverhalten differenziert)

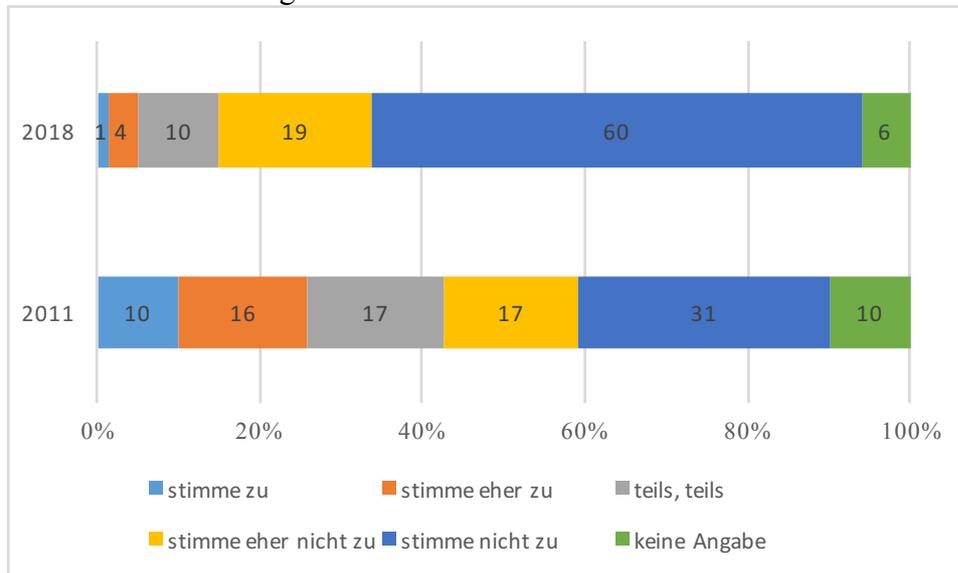


Quelle: Umfrage 2018

Nur 5 % der Studierenden stimmen zu, dass die Türkei Mitglied der EU werden sollte, 79 % lehnen dies ab, 10 % antworten „teils, teils“, weitere 6 % machen keine Angabe. Dies ist eine deutliche Verschiebung im Vergleich zur Befragung von 2011 als noch 26 % zustimmten und 48 % die Aussage ablehnten. Dies kann einerseits mit den Entwicklungen in der Türkei in den letzten Jahren in Verbindung gebracht werden, andererseits aber auch den politischen Entwicklungen in Österreich, wo alle im Parlament vertretenen Parteien einen möglichen

Beitritt der Türkei zur EU im letzten Nationalratswahlkampf abgelehnt haben (was 2011 noch nicht der Fall war).

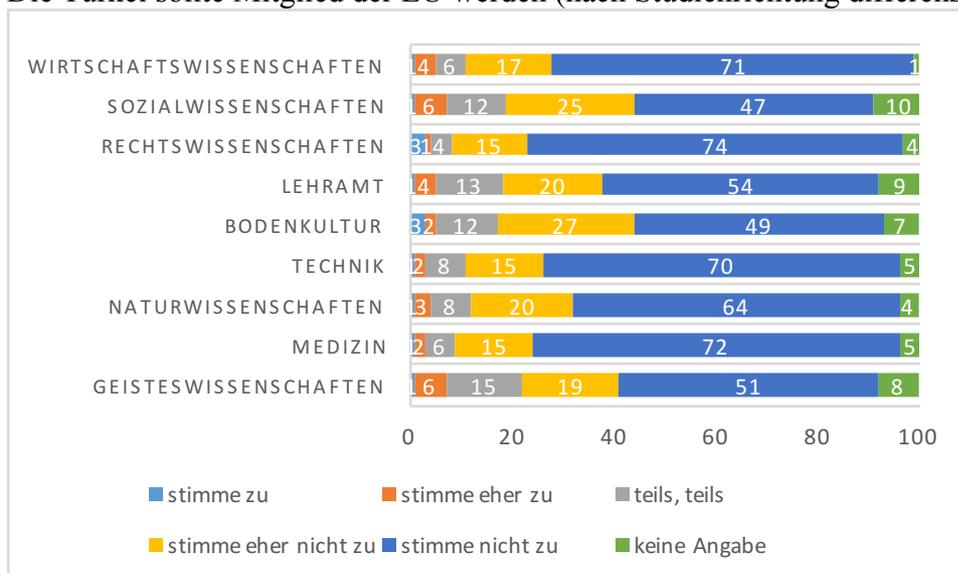
Abbildung 25
Die Türkei sollte Mitglied der EU werden.



Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert befürworten Studierende der Sozial- und Geisteswissenschaften einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU ein wenig stärker als der Durchschnitt (jeweils 7 %); umgekehrt findet sich besonders hohe Ablehnung bei Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (89% bzw. 88 %) sowie Medizin (87 %).

Abbildung 26
Die Türkei sollte Mitglied der EU werden (nach Studienrichtung differenziert)



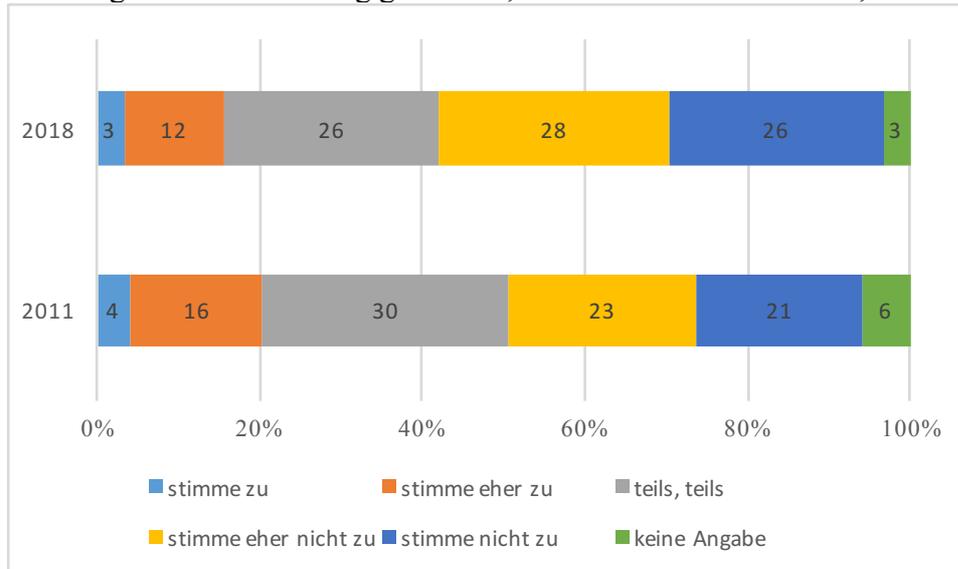
Quelle: Umfrage 2018

2.3 Anomie

16 % der Studierenden stimmen der Aussage zu, dass die Dinge so schwierig geworden sind, dass man nicht mehr weiß, was los ist. 54 % lehnen dies ab, mit 26 % „teils, teils“ – und weiteren 3 %, die keine Angabe machen – zeigt sich bei dieser Frage ein großer Anteil an Studierenden, die dies nicht klar beantworten können. 2011 stimmten 20 % der Aussage zu, 44 % lehnten diese ab, 30 % antworteten mit „teils, teils“, weitere 6 % machten keine Angabe.

Abbildung 27

Die Dinge sind so schwierig geworden, dass man nicht mehr weiß, was los ist.

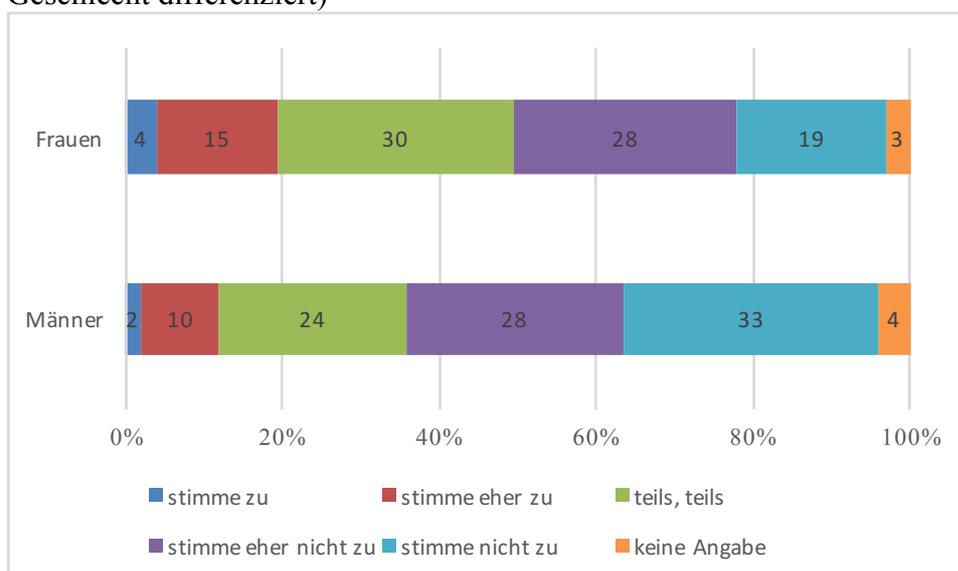


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Geschlecht differenziert zeigt sich, dass Frauen dieser Aussage stärker zustimmen (19 %) als Männer (12 %). Männer lehnen die Aussage mit 61 % deutlicher ab als Frauen (47 %).

Abbildung 28

Die Dinge sind so schwierig geworden, dass man nicht mehr weiß, was los ist (nach Geschlecht differenziert)

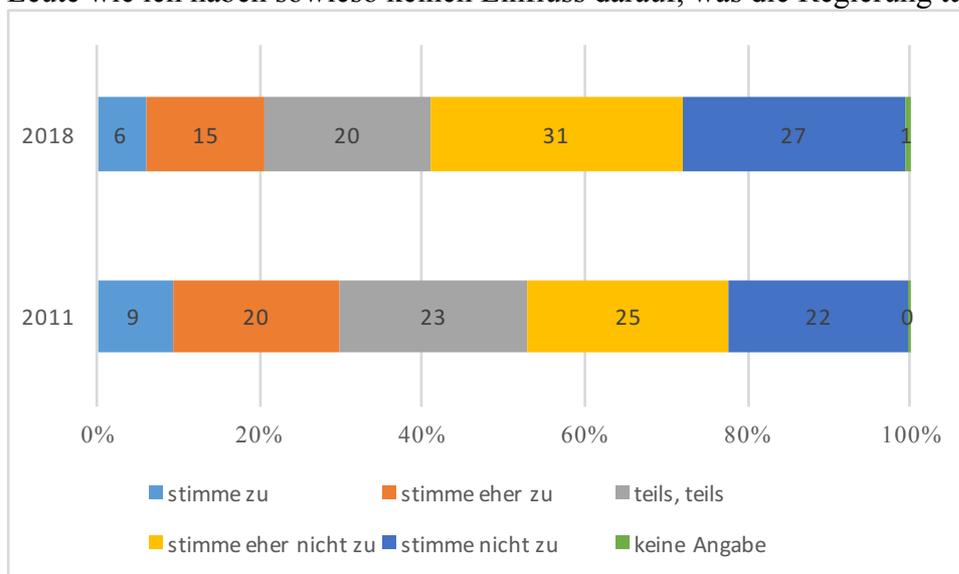


Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ stimmen 21 % der Studierenden zu, 58 % lehnen sie ab, 20 % antworten „teils, teils“. 2011 stimmten noch 29 % der Studierenden zu, 47 % lehnten die Aussage ab. Auch hier gibt es einen hohen Anteil an Unentschlossenen: 20 % (2018) bzw. 23 % (2011) wählten „teils, teils“ als Antwort.

Abbildung 29

Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

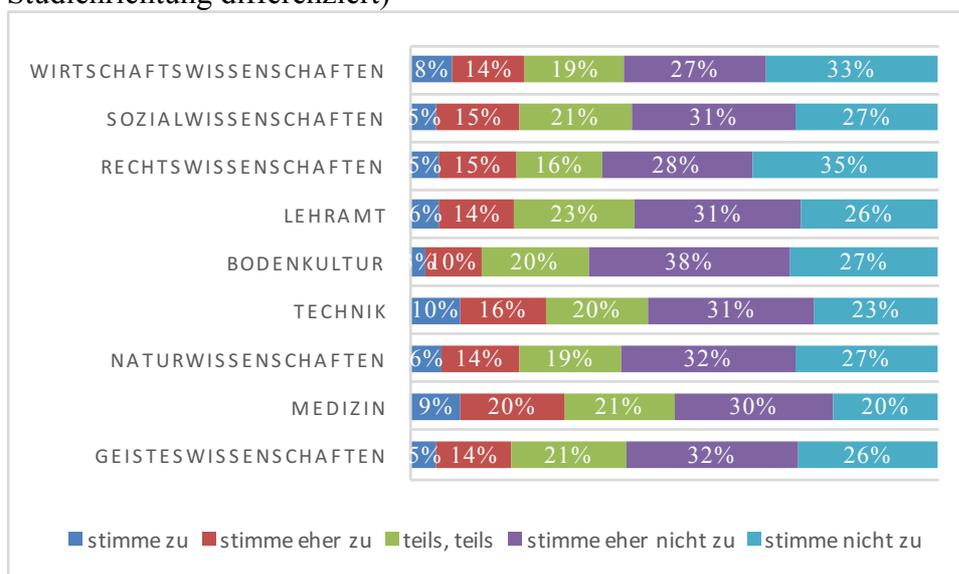


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert geben v.a. Studierende der Medizin an, dass sie keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut (29 %), gefolgt von Technik mit 26 % und Wirtschaftswissenschaften mit 22 %. Studierende der Bodenkultur (65 %) und Rechtswissenschaften (63 %) lehnen diese Aussage öfter ab.

Abbildung 30

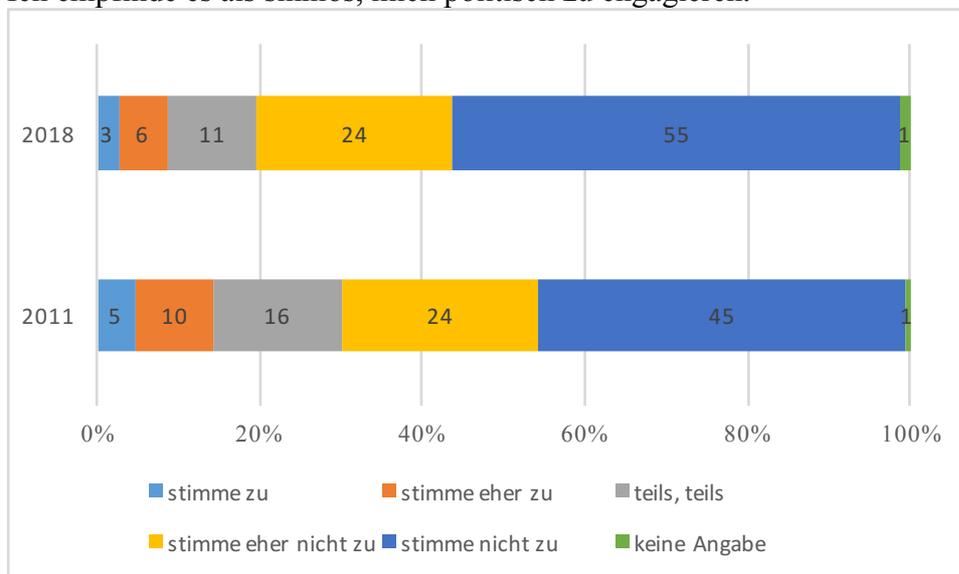
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut (nach Studienrichtung differenziert)



Quelle: Umfrage 2018

9 % der Studierenden stimmen zu, dass es sinnlos ist, sich politisch zu engagieren, 79 % lehnen dies ab, 11 % antworten mit „teils, teils“. Dies ist eine deutliche Veränderung im Vergleich zu 2011, als 15 % der Studierenden zustimmten, dass es sinnlos ist, sich politisch zu engagieren, 69 % diese Aussage ablehnten.

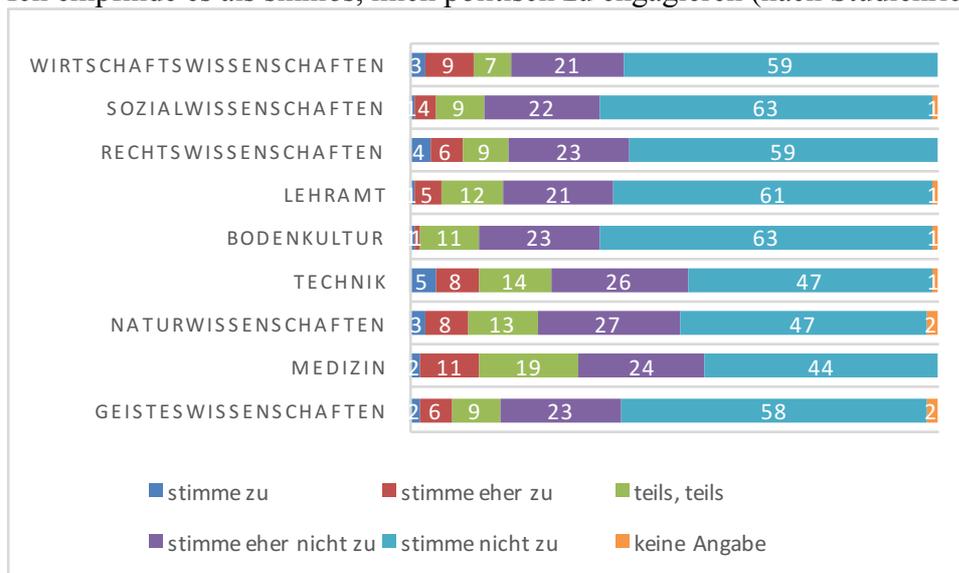
Abbildung 31
Ich empfinde es als sinnlos, mich politisch zu engagieren.



Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert stimmen Studierende der Medizin und Technik (beide 13 %) sowie Naturwissenschaften (11 %) dieser Aussage stärker zu. Studierende der Bodenkultur (86 %) und Sozialwissenschaften (85 %) lehnen die Aussage stärker ab.

Abbildung 32
Ich empfinde es als sinnlos, mich politisch zu engagieren (nach Studienrichtung differenziert)



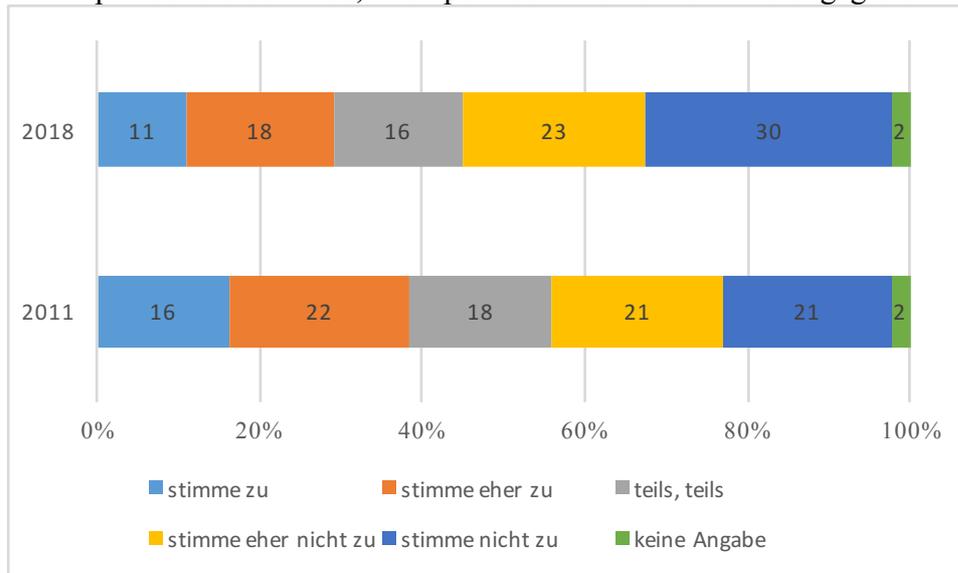
Quelle: Umfrage 2018

Wird diese Aussage um den Zusatz „in einer Partei“ ergänzt, zeigen sich deutlich andere Ergebnisse: 29 % stimmen dann der Aussage zu, dass es sinnlos ist, sich politisch in einer

Partei zu engagieren, 53 % lehnen dies ab, 16 % antworten „teils, teils“, 2 % machen keine Angabe. 2011 stimmten 38 % zu, 42 % lehnten die Aussage ab. Somit zeigt sich bei beiden Fragen, dass sich die Einstellungen der Studierenden verändert haben und 2018 mehr Zuversicht anzutreffen ist, dass politisches Engagement sinnvoll ist. Eventuell zeigen sich hier die Möglichkeiten von jungen Menschen sich in der Zivilgesellschaft zu engagieren und gemeinsame Initiativen z.B. mit Unterstützung der „Sozialen Medien“ unkompliziert und schnell starten und verbreiten zu können.

Abbildung 33

Ich empfinde es als sinnlos, mich politisch in einer Partei zu engagieren.

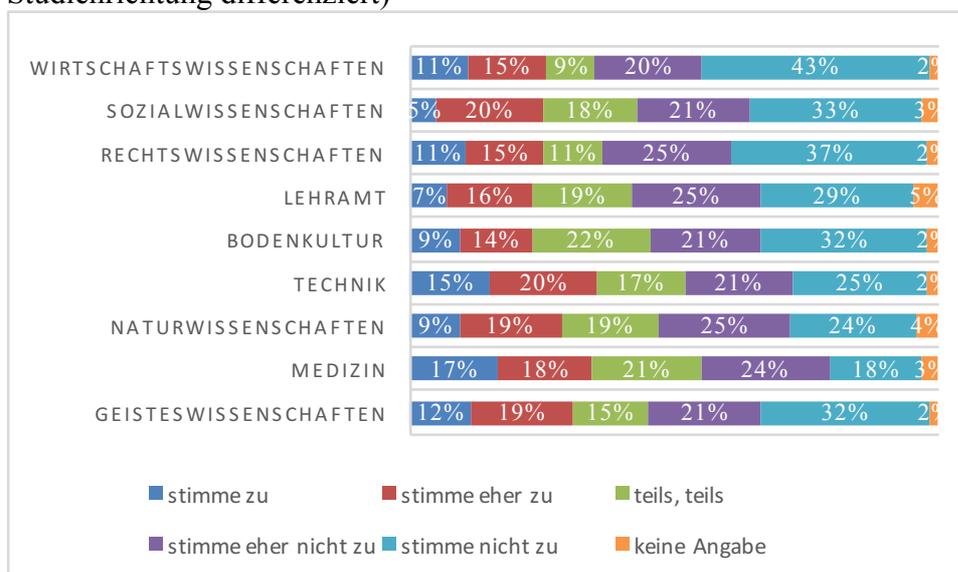


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert zeigt sich v.a. bei Studierenden der Technik und Medizin (beide 35 %) eine höhere Zustimmung zur Aussage. Bei den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften zeigt sich eine höhere Ablehnung der Aussage (63 % bzw. 62 %).

Abbildung 34

Ich empfinde es als sinnlos, mich politisch in einer Partei zu engagieren (nach Studienrichtung differenziert)

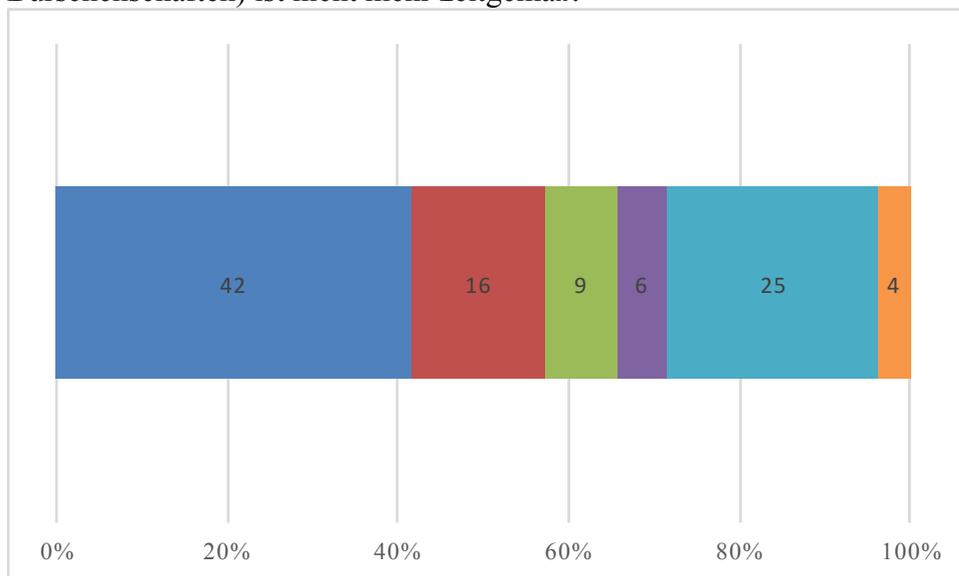


Quelle: Umfrage 2018

58 % der Studierenden stimmen der Aussage zu, dass die Mitgliedschaft in einem Männerbund (z.B. Cartellverband, Freimaurer, Burschenschaften) nicht mehr zeitgemäß ist, 31 % lehnen dies ab, 9 % antworten „teils, teils“, 4 % machen keine Angabe.

Abbildung 35

Die Mitgliedschaft in einem Männerbund (z.B. Cartellverband, Freimaurer, Burschenschaften) ist nicht mehr zeitgemäß.

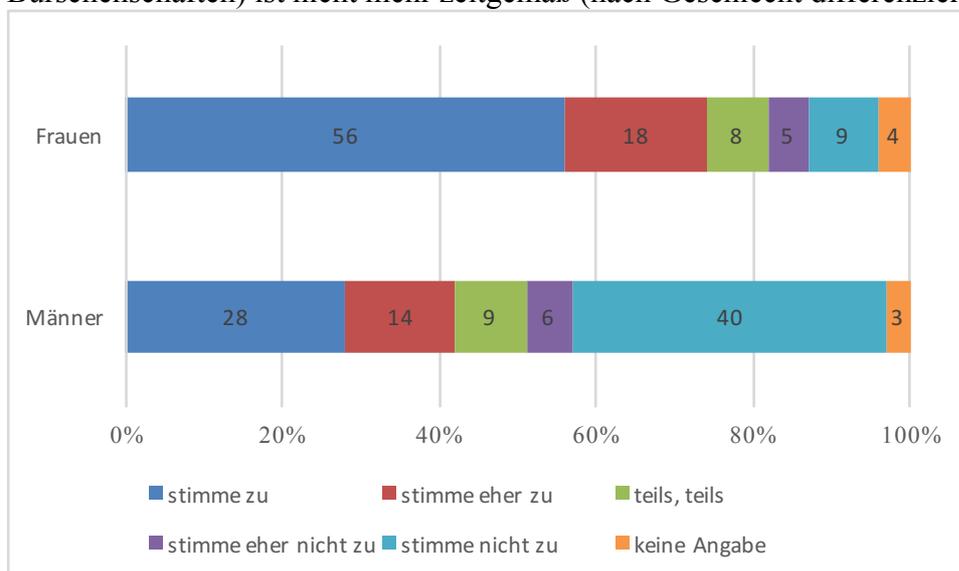


Quelle: Umfrage 2018

Interessant sind bei dieser Frage, die 2011 nicht Teil der Umfrage war, die Unterschiede nach Geschlecht: Frauen stimmen der Aussage mit 74 % zu, Männer mit 42 %. Bei den Männern lehnt eine Mehrheit (46 %) die Aussage ab, dass Männerbünde nicht mehr zeitgemäß sind, Frauen nur zu 14 %. Somit ergibt sich bei der Frage nach den Männerbünden eine klare Ablehnung der Frauen, aber eine relative Mehrheit der Männer, die eine Mitgliedschaft bei einem Männerbund weiterhin als zeitgemäß ansehen.

Abbildung 36

Die Mitgliedschaft in einem Männerbund (z.B. Cartellverband, Freimaurer, Burschenschaften) ist nicht mehr zeitgemäß (nach Geschlecht differenziert)

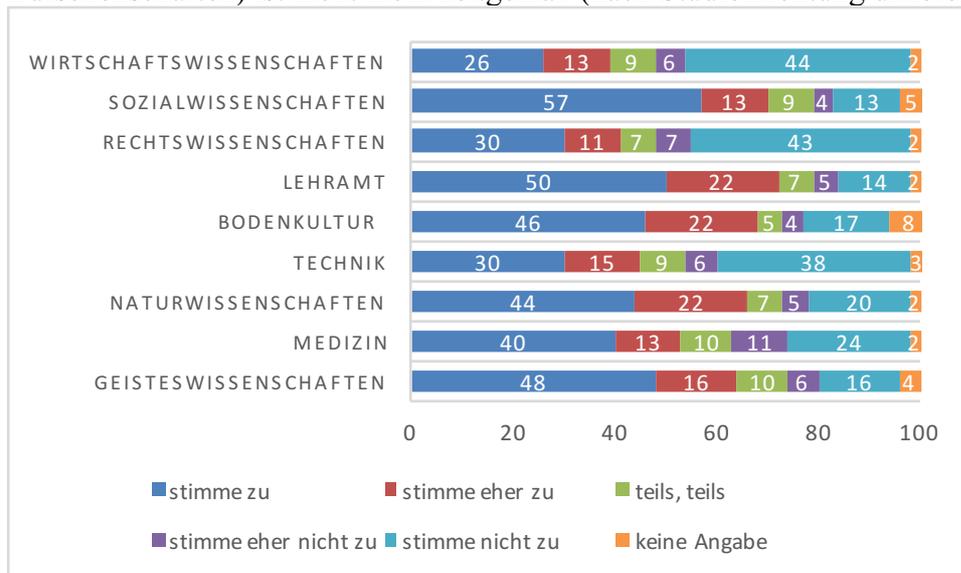


Quelle: Umfrage 2018

Nach Studienrichtung differenziert stimmen v.a. Studierende im Lehramt (72 %), der Sozialwissenschaften (70 %) und der Bodenkultur (68 %) der Aussage zu, dass die Mitgliedschaft in einem Männerbund nicht mehr zeitgemäß ist. Studierende der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften lehnen die Aussage mehrheitlich ab (50 %) und Studierende der Technik sind mit 45 % Zustimmung und 44 % Ablehnung bei dieser Frage gespalten.

Abbildung 37

Die Mitgliedschaft in einem Männerbund (z.B. Cartellverband, Freimaurer, Burschenschaften) ist nicht mehr zeitgemäß (nach Studienrichtung differenziert)



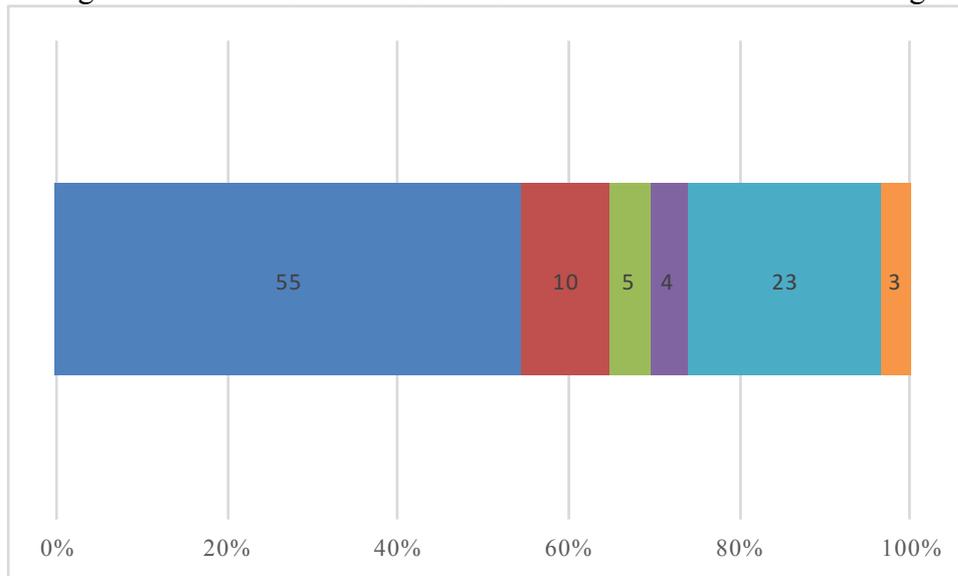
Quelle: Umfrage 2018

65 % der Studierenden stimmen der Aussage zu, dass es schlagende Burschenschaften⁷ im 21. Jahrhundert nicht mehr geben sollte, 27 % lehnen dies ab, 5 % antworten „teils, teils“, 3 % machen keine Angabe.

⁷ Die sogenannte „Liederbuchaffäre“ der FPÖ kurz vor der Landtagswahl in Niederösterreich fiel in den Erhebungszeitraum. Diese wurde am 23.1.2018 durch den Falter publik gemacht, da war die 1. Aussendungsrunde der Umfrage gerade abgeschlossen (die 2. Runde begann am 30.1.2018). Beim Vergleich der Daten vor dem 23.1. und nach dem 23.1.2018 fällt auf, dass die Studierenden von dieser Entwicklung im Antwortverhalten durchaus beeinflusst wurden und die Zustimmung – sowohl zu Männerbünden allgemein, als auch zu schlagenden Burschenschaften – im Vergleich nach dem 23.1.2018 deutlich zurückgegangen ist.

Abbildung 38

Schlagende Burschenschaften sollte es im 21. Jahrhundert nicht mehr geben.



Quelle: Umfrage 2018

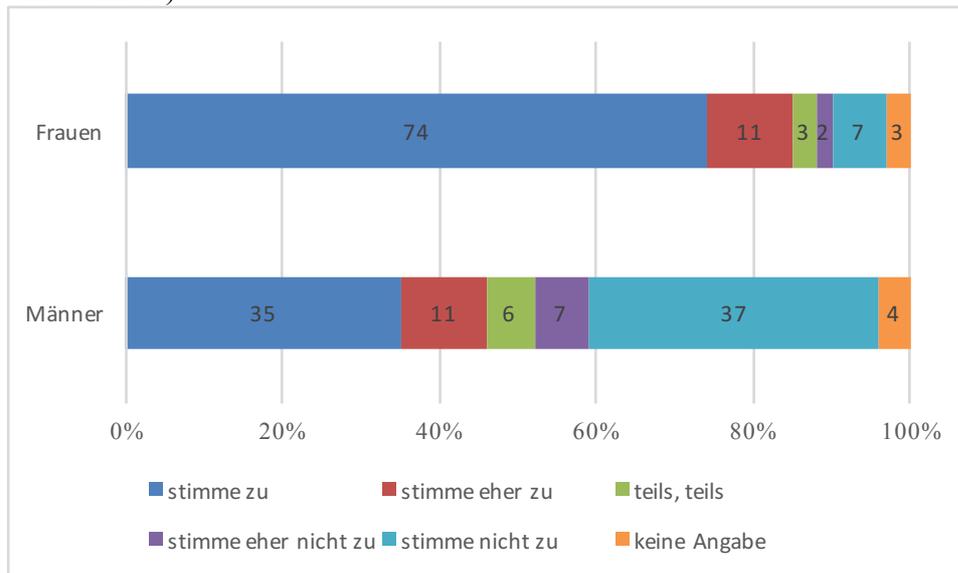
Nach Geschlecht differenziert zeigt sich – ähnlich wie bei der Frage nach der Mitgliedschaft in Männerbünden – ein klarer Unterschied: Frauen lehnen schlagende Burschenschaften zu 85 % ab, Männer zu 46 %. Bei den Männern lehnen hingegen 44 % die Aussage ab, dass es schlagende Burschenschaften im 21. Jahrhundert nicht mehr geben sollte – bei den Frauen sind es 9 %.⁸

Bei beiden Fragen nach Männerbünden und Burschenschaften zeigen sich die über die gesamte Umfrage hinweg deutlichsten Unterschiede nach Geschlecht. Hier wäre es sicher interessant mit qualitativen Methoden genauer zu erforschen, wie diese unterschiedlichen Ausprägungen begründet werden können – abgesehen davon, dass Frauen nicht Teil von Männerbünden und Burschenschaften („Mädelschaften“ wurden aufgrund der vernachlässigbaren Anzahl nicht abgefragt) sein können und diese Ausgrenzung generell stärker ablehnen als Männer.

⁸ Hier zeigt sich bei den Ergebnissen vor bzw. nach der Veröffentlichung der Liederbuchaffäre der schlagenden Burschenschaft Germania am 23.1.2018, dass die Zustimmung zu dieser Aussage bei beiden Geschlechtern angestiegen ist: Bei Frauen von 76 % auf 89 %, bei Männern von 31 % auf 65 %.

Abbildung 39

Schlagende Burschenschaften sollte es im 21. Jahrhundert nicht mehr geben (nach Geschlecht differenziert)

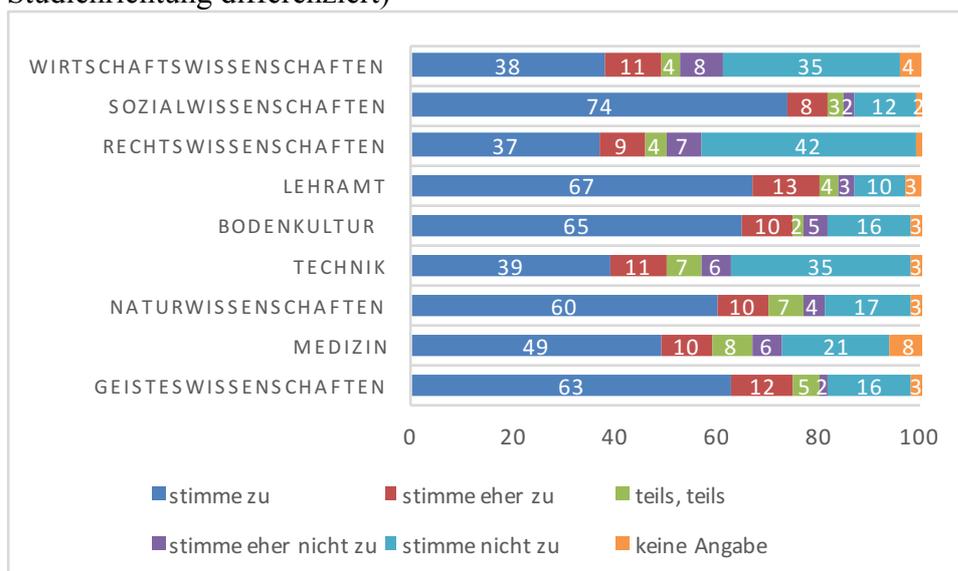


Quelle: Umfrage 2018

Studierende der Sozialwissenschaften (82 %), im Lehramt (80 %), der Bodenkultur und Geisteswissenschaften (jeweils 75 %) stimmen der Aussage, dass es schlagende Burschenschaften im 21. Jahrhundert nicht mehr geben sollte, überdurchschnittlich zu. Studierende der Rechtswissenschaften (49 %), Wirtschaftswissenschaften (43 %) und Technik (41 %) lehnen die Aussage deutlich stärker ab.

Abbildung 40

Schlagende Burschenschaften sollte es im 21. Jahrhundert nicht mehr geben (nach Studienrichtung differenziert)



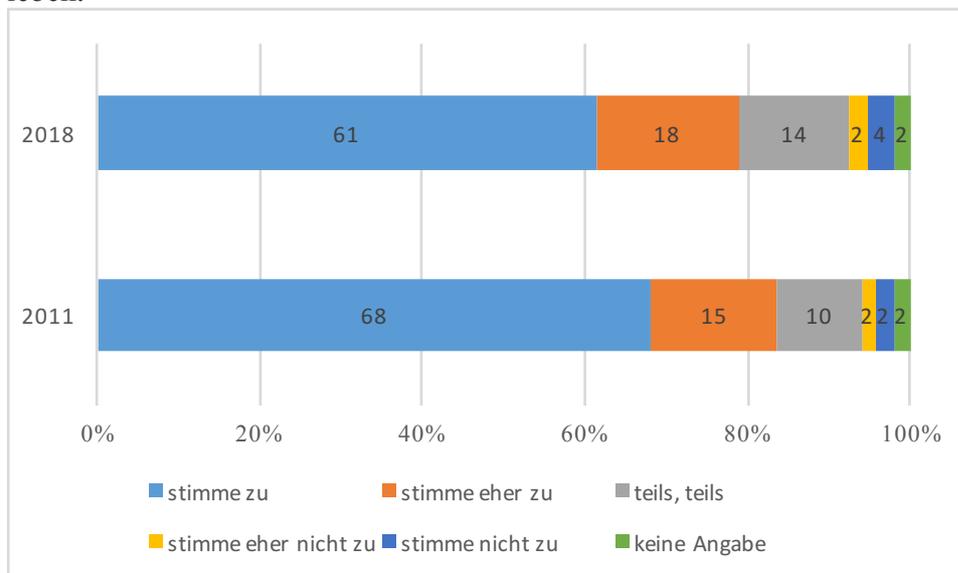
Quelle: Umfrage 2018

4.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Aussage, dass Juden/Jüdinnen in Österreich das Recht haben sollten, nach ihren Glaubensgesetzen zu leben, stimmen 79 % zu, 6 % lehnen dies ab, 14 % antworten „teils, teils“, 2 % machen keine Angaben. 2011 stimmten 83 % zu, 4 % lehnten die Aussage ab.

Abbildung 41

Die Juden/Jüdinnen in Österreich sollten das Recht haben, nach ihren Glaubensgesetzen zu leben.

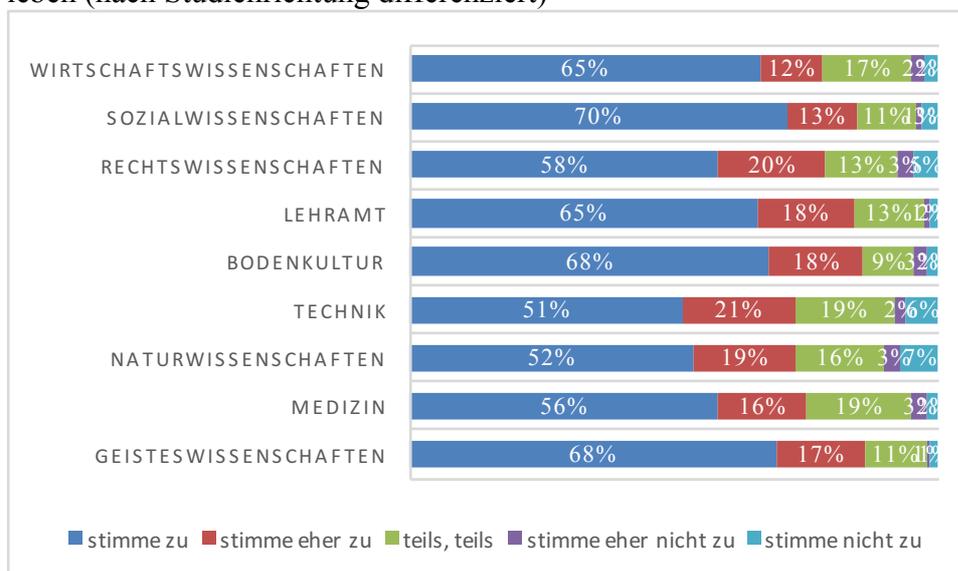


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert stimmen v.a. Studierende der Bodenkultur (86 %), Geisteswissenschaften (85 %), Lehramt (84 %) und Sozialwissenschaften (83 %) zu. Studierende der Naturwissenschaften (10 %), Technik und Rechtswissenschaften – beide 8 % – lehnen die Aussage stärker ab.

Abbildung 42

Die Juden/Jüdinnen in Österreich sollten das Recht haben, nach ihren Glaubensgesetzen zu leben (nach Studienrichtung differenziert)

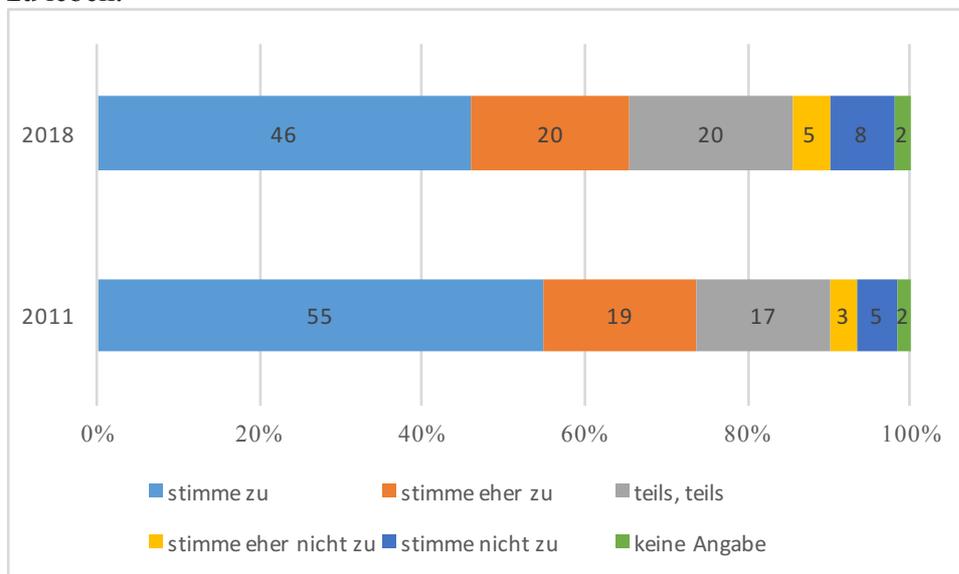


Quelle: Umfrage 2018

Wird dieselbe Aussage zu den Muslimen/Muslimas abgefragt, stimmen nur noch 66 % zu, 13 % lehnen dies ab, 20 % antworten „teils, teils“, 2 % machen keine Angabe. 2011 stimmten noch 74 % zu, 8 % lehnten die Aussage ab.

Abbildung 43

Die Muslime/Muslimas in Österreich sollten das Recht haben, nach ihren Glaubensgesetzen zu leben.

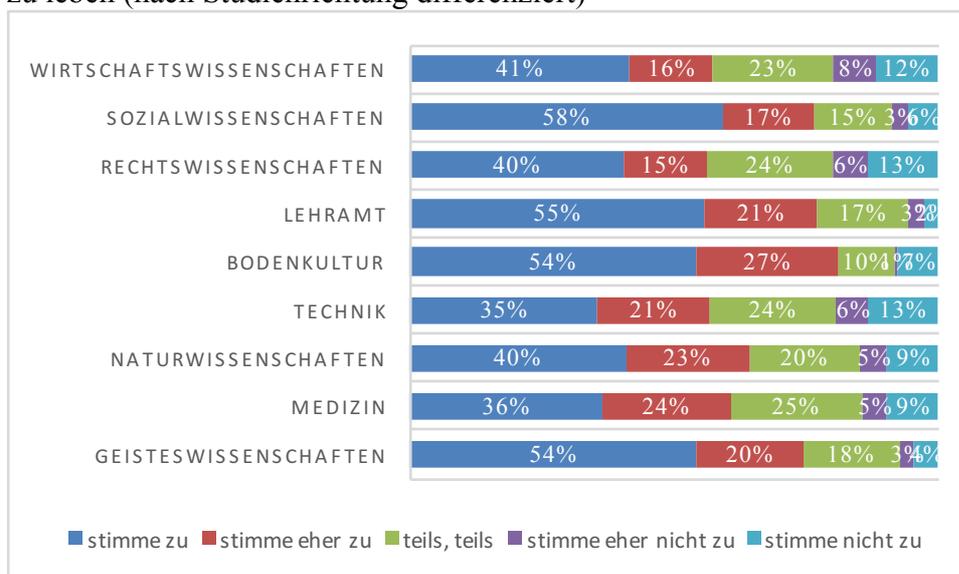


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert zeigt sich wiederum, dass Studierende der Bodenkultur (81 %), Lehramt (76 %) und Sozialwissenschaften (75 %) dieser Aussage öfter zustimmen; Studierende der Wirtschaftswissenschaften (20 %) sowie Rechtswissenschaften und Technik (beide 19 %) lehnen die Aussage deutlich öfter ab.

Abbildung 44

Die Muslime/Muslimas in Österreich sollten das Recht haben, nach ihren Glaubensgesetzen zu leben (nach Studienrichtung differenziert)

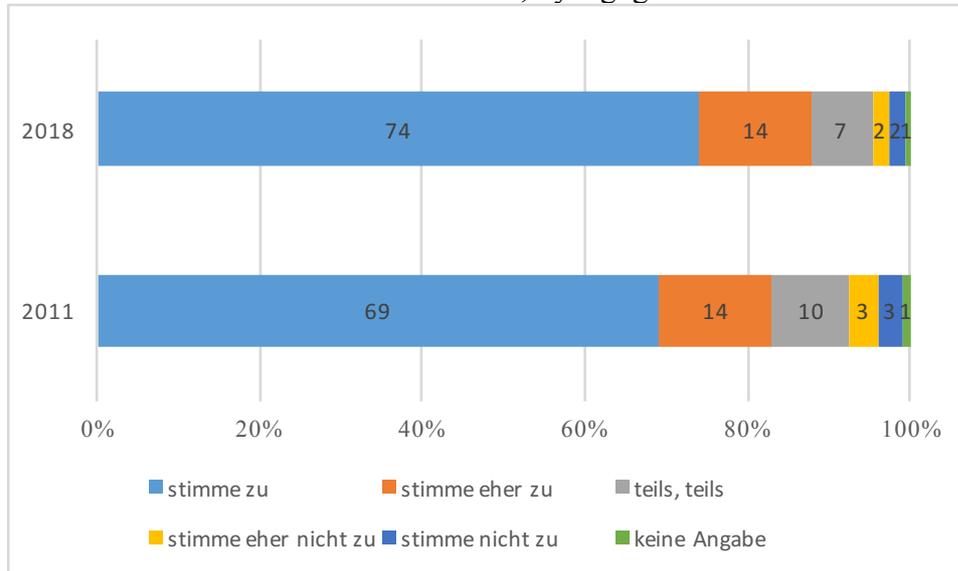


Quelle: Umfrage 2018

88 % der Studierenden stimmen zu, dass Juden/Jüdinnen das Recht haben sollten Synagogen zu bauen, 4 % lehnen dies ab, 7 % antworten mit „teils, teils“. 2011 stimmten 83 % zu, dass Juden/Jüdinnen dieses Recht haben sollten, 6 % lehnten die Aussage ab.

Abbildung 45

Juden/Jüdinnen sollten das Recht haben, Synagogen zu bauen.

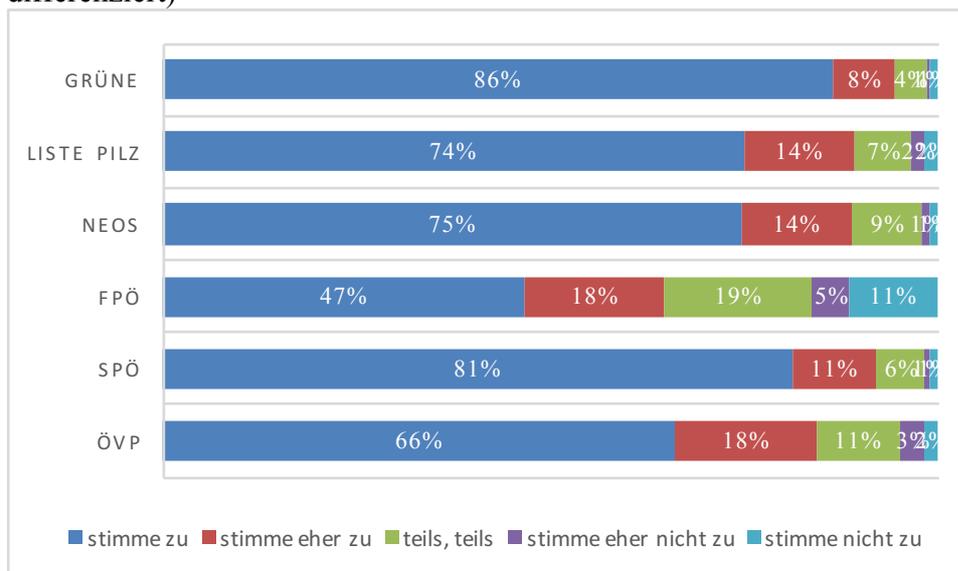


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Wahlverhalten bei der letzten Nationalratswahl differenziert stimmen v.a. WählerInnen der Grünen (94 %) und der SPÖ (91 %) dieser Aussage zu; WählerInnen der FPÖ stimmen zu 65 % zu und lehnen dies mit 16 % deutlich stärker ab als der Durchschnitt der Befragten.

Abbildung 46

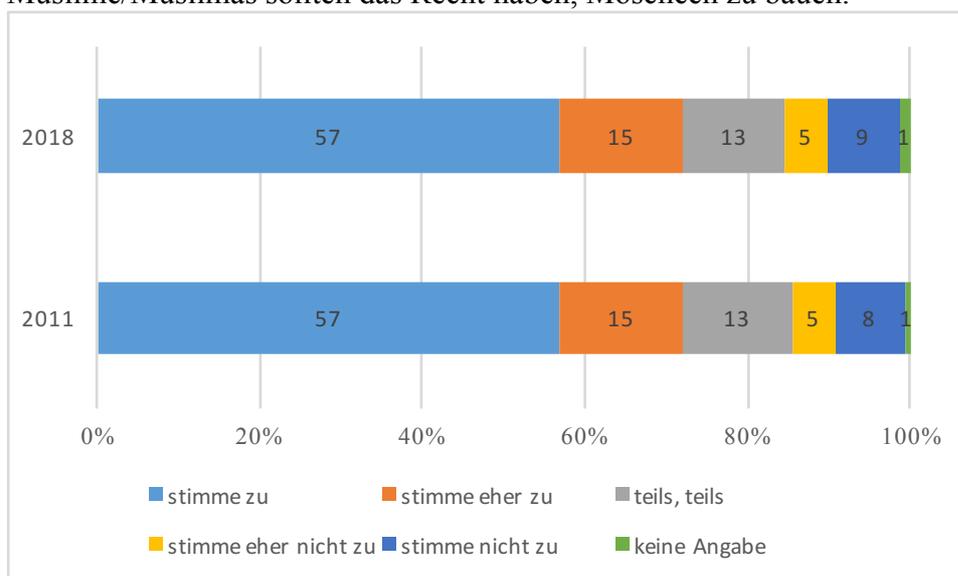
Juden/Jüdinnen sollten das Recht haben, Synagogen zu bauen (nach Wahlverhalten differenziert)



Quelle: Umfrage 2018

Wird diese Aussage in Bezug auf Muslime/Muslimas und deren Recht Moscheen zu bauen abgefragt, stimmen nur noch 72 % zu, 14 % lehnen dies ab, 13 % antworten „teils, teils“. Dies sind sehr ähnliche Ergebnisse wie 2011 (72 % stimmten zu, 13 % lehnten die Aussage ab).

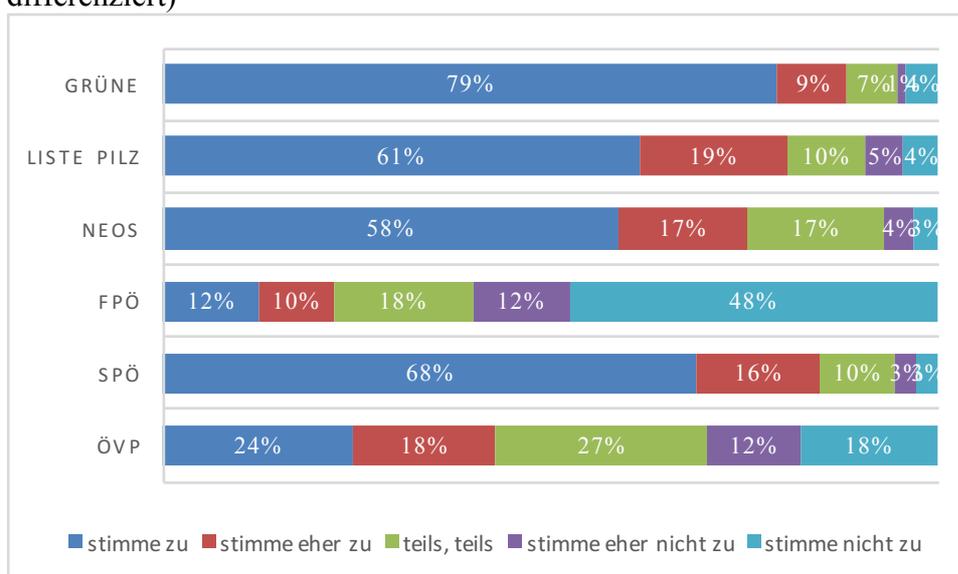
Abbildung 47
Muslime/Muslimas sollten das Recht haben, Moscheen zu bauen.



Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Wahlverhalten zeigt sich wiederum eine hohe Zustimmung unter den studentischen WählerInnen der Grünen (88 %) und SPÖ (84 %), geringe Zustimmung hingegen bei WählerInnen der FPÖ (22 % stimmen zu; 60 % lehnen das Recht auf Moscheebau ab) und der ÖVP (43 % Zustimmung, 30 % Ablehnung und mit 27 % „teils, teils“ ein großer Anteil an Personen, die hier nicht eindeutig Stellung beziehen wollen).

Abbildung 48
Muslime/Muslimas sollten das Recht haben, Moscheen zu bauen (nach Wahlverhalten differenziert)

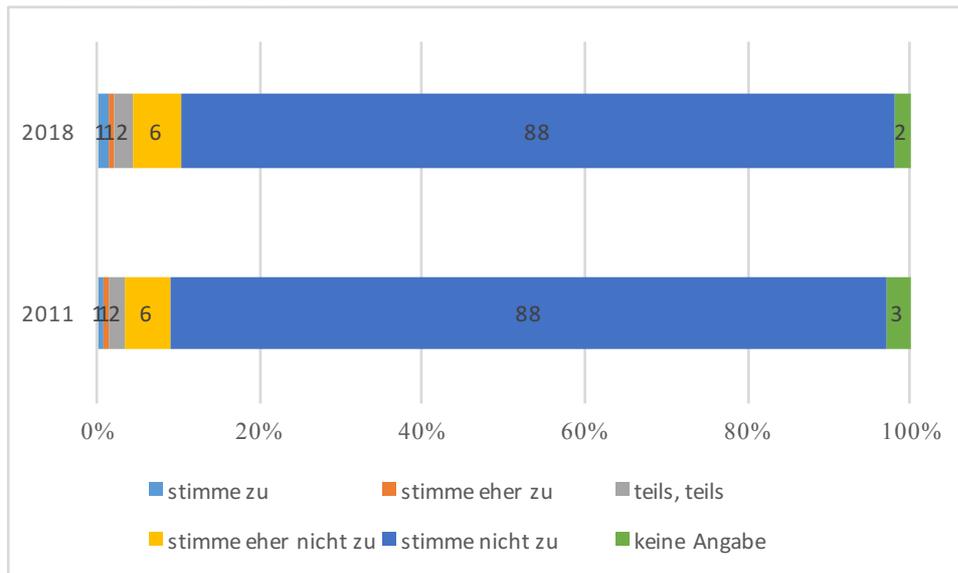


Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage „Wenn es zu Auswüchsen des Kapitalismus kommt, dann sind daran meistens die Juden/Jüdinnen Schuld“ stimmen 2% der Studierenden zu, 94 % lehnen diese ab. 2011 stimmten ebenfalls 2 % zu, 94% lehnten ab.

Abbildung 49

Wenn es zu Auswüchsen des Kapitalismus kommt, dann sind daran meistens die Juden/Jüdinnen Schuld

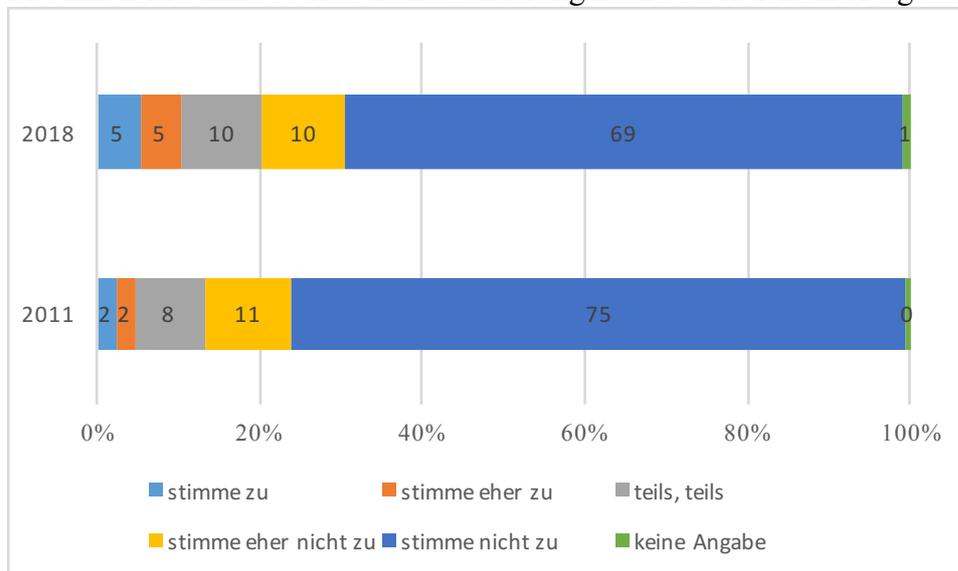


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Der Meinung, dass Muslimen/Muslimas die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden sollte, sind 10 % der Befragten, 79 % stimmen nicht zu, 10 % antworten „teils, teils“. 2011 waren es nur 4 % der Befragten, die dieser Aussage zustimmten, 86 % lehnten diese ab.

Abbildung 50

Muslimen/Muslimas sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden.

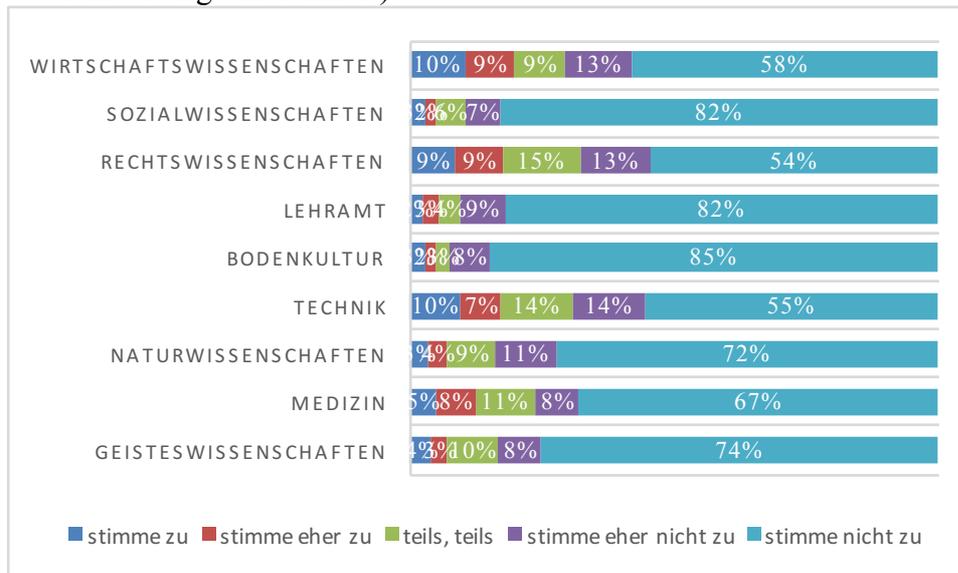


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung zeigt sich, dass v.a. Studierende der Wirtschaftswissenschaften (19 %), Rechtswissenschaften (18 %) und Technik (17 %) dieser Aussage zustimmen; Studierende der Bodenkultur (93 %), Lehramt (91 %) und Sozialwissenschaften (89 %) lehnen die Aussage sehr deutlich ab.

Abbildung 51

Muslimen/Muslimas sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden (nach Studienrichtung differenziert)

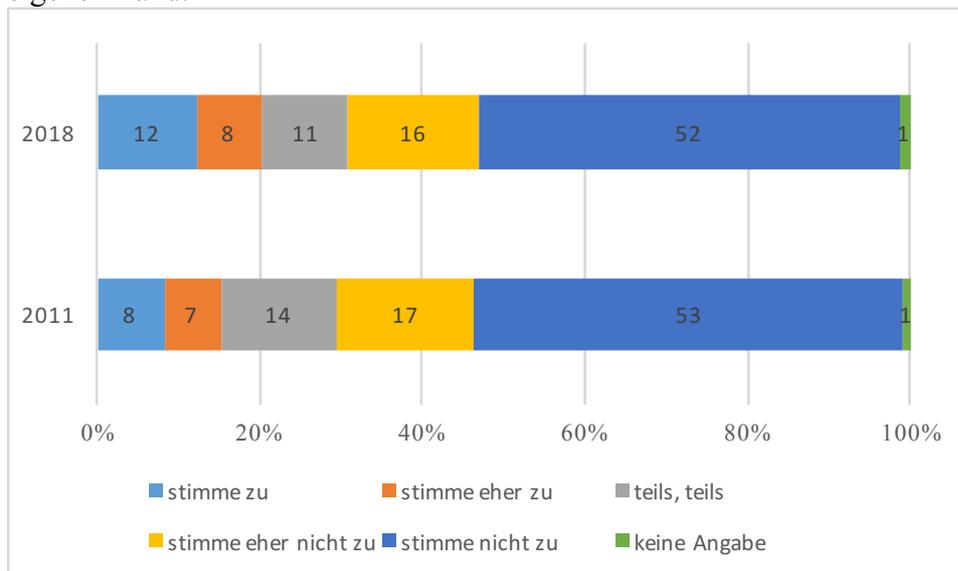


Quelle: Umfrage 2018

Dass sie sich durch die vielen Muslime/Muslimas manchmal wie ein/e Fremde/r im eigenen Land fühlen, empfinden 20 % der Befragten, 68 % empfinden dies nicht, 11 % antworten „teils, teils“. 2011 stimmten nur 15 % der Befragten dieser Aussage zu, 70 % lehnten diese ab.

Abbildung 52

Durch die vielen Muslime/Muslimas hier fühle ich mich manchmal wie ein/e Fremde/r im eigenen Land.

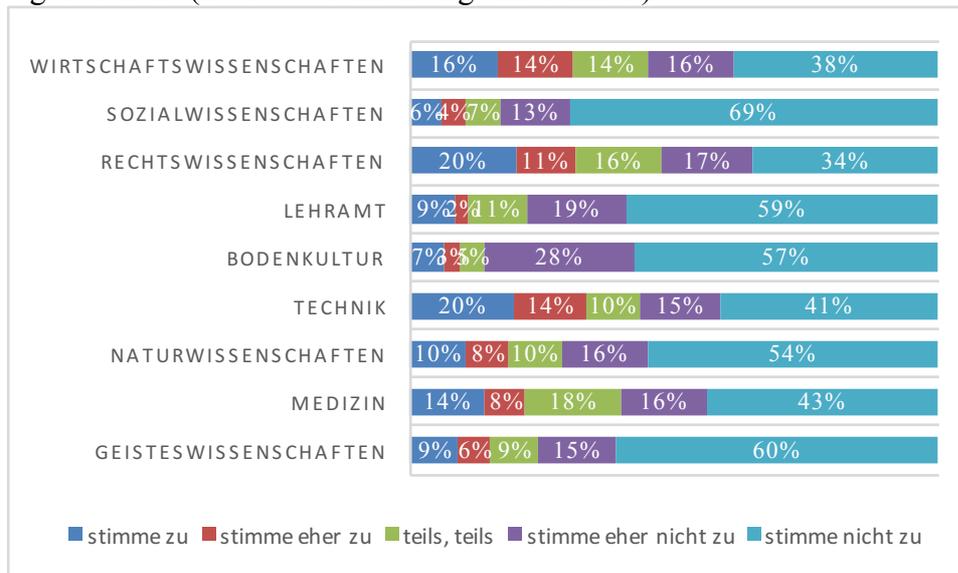


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Auch hier zeigt sich nach Studienrichtung, dass Studierende der Technik (34 %) sowie der Rechtswissenschaften (31 %) und Wirtschaftswissenschaften (30 %) dieser Aussage öfter zustimmen; Studierende der Bodenkultur (85 %), der Sozialwissenschaften (82 %) und im Lehramt (77 %) lehnen diese Aussage wiederum stärker ab.

Abbildung 53

Durch die vielen Muslime/Muslimas hier fühle ich mich manchmal wie ein/e Fremde/r im eigenen Land (nach Studienrichtung differenziert)

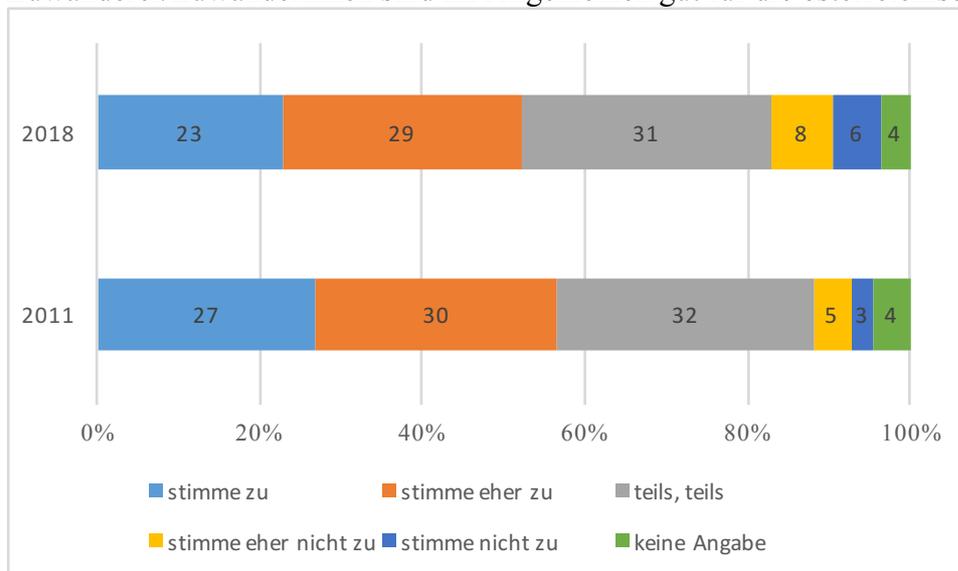


Quelle: Umfrage 2018

52 % der Studierenden stimmen der Aussage zu, dass Zuwanderer/Zuwanderinnen im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft sind, 14 % lehnen ab, 31 % antworten „teils, teils“, weitere 4 % machen keine Angaben. 2011 stimmten noch 57 % dieser Aussage zu, 8 % lehnten ab. Mit 32 % waren allerdings viele Studierende bei dieser Frage unentschieden (teils, teils).

Abbildung 54

Zuwanderer/Zuwanderinnen sind im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft.

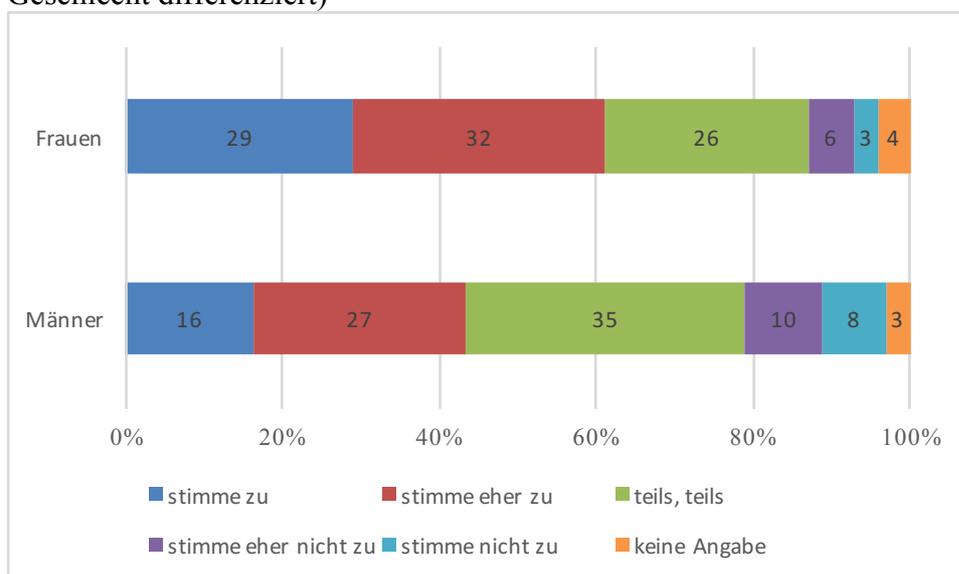


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Frauen sehen die Zuwanderung insgesamt positiver als Männer: 61 % stimmen der Aussage zu, dass Zuwanderer/Zuwanderinnen im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft sind, bei den Männern sind es 43 %; letztere deklarieren sich mit 35 % „teils, teils“ seltener als Frauen bzw. lehnen die Aussage auch deutlicher ab (18 %) als Frauen (9 %).

Abbildung 55

Zuwanderer/Zuwanderinnen sind im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft (nach Geschlecht differenziert)

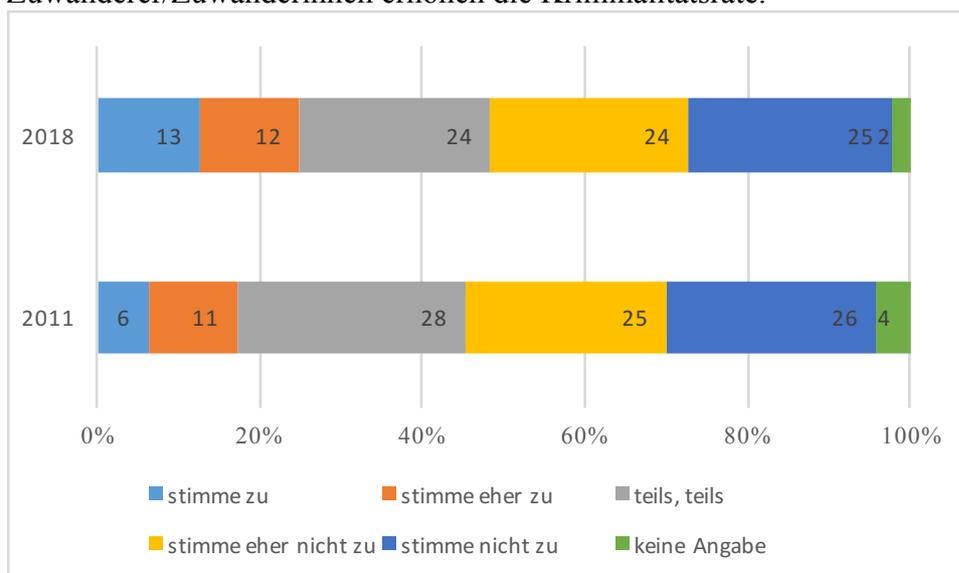


Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage, dass Zuwanderer/Zuwanderinnen die Kriminalitätsrate erhöhen, stimmen 25 % der Studierenden zu, 49 % lehnen sie ab. Auch hier zeigt sich mit 24 % „teils, teils“, dass sich viele Studierende bei dieser Frage nicht eindeutig deklarieren möchten, weitere 2 % machen keine Angabe. 2011 stimmten 18 % zu, 51 % lehnten ab, weitere 28% antworteten „teils, teils“.

Abbildung 56

Zuwanderer/Zuwanderinnen erhöhen die Kriminalitätsrate.

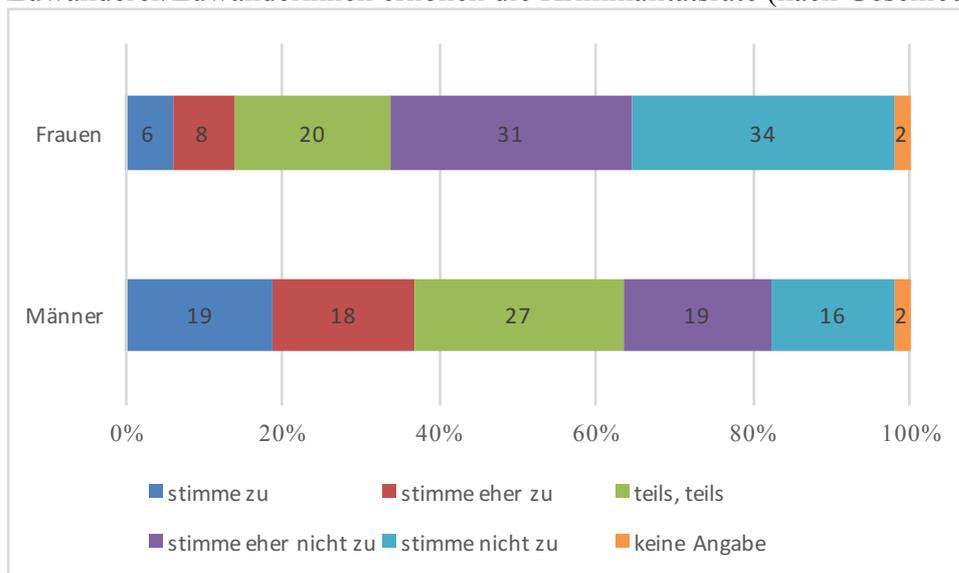


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Somit zeigt sich, dass es bei dieser Frage zu einer deutlichen Zunahme bei der Zustimmung gekommen ist, wobei v.a. Männer dieser Aussage zustimmen (37 %), Frauen stimmen mit 14 % hingegen deutlich seltener zu. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied zeigt sich über alle Frageitems zu den Zuwanderern/Zuwanderinnen hinweg.

Abbildung 57

Zuwanderer/Zuwanderinnen erhöhen die Kriminalitätsrate (nach Geschlecht differenziert)

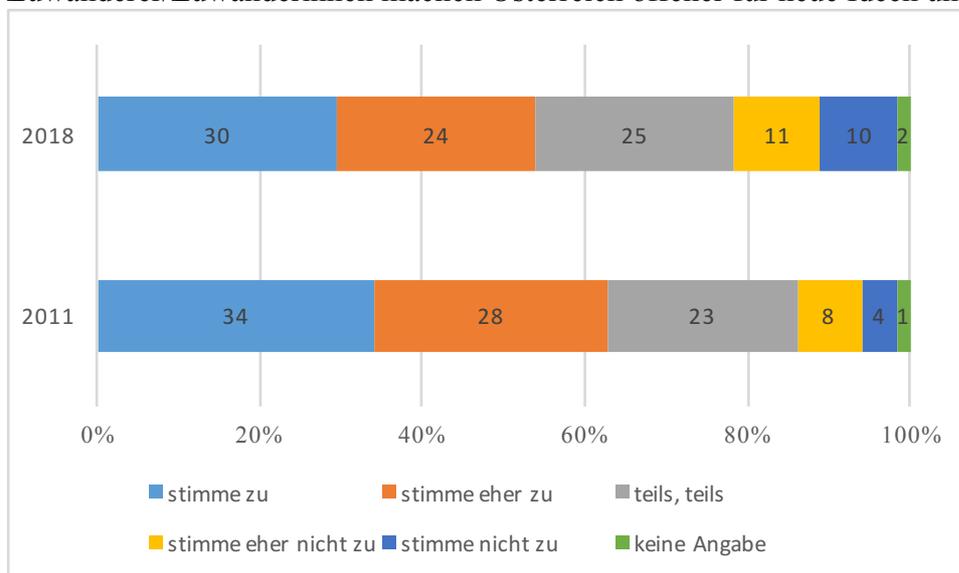


Quelle: Umfrage 2018

54 % der Studierenden stimmen zu, dass Zuwanderer/Zuwanderinnen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen machen, 21 % lehnen dies ab, 25 % antworten „teils, teils“ und weitere 2 % machen keine Angaben. 2011 stimmten noch 62 % der Studierenden zu, 12 % lehnten ab.

Abbildung 58

Zuwanderer/Zuwanderinnen machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen.



Quelle: Umfrage 2018 & 2011

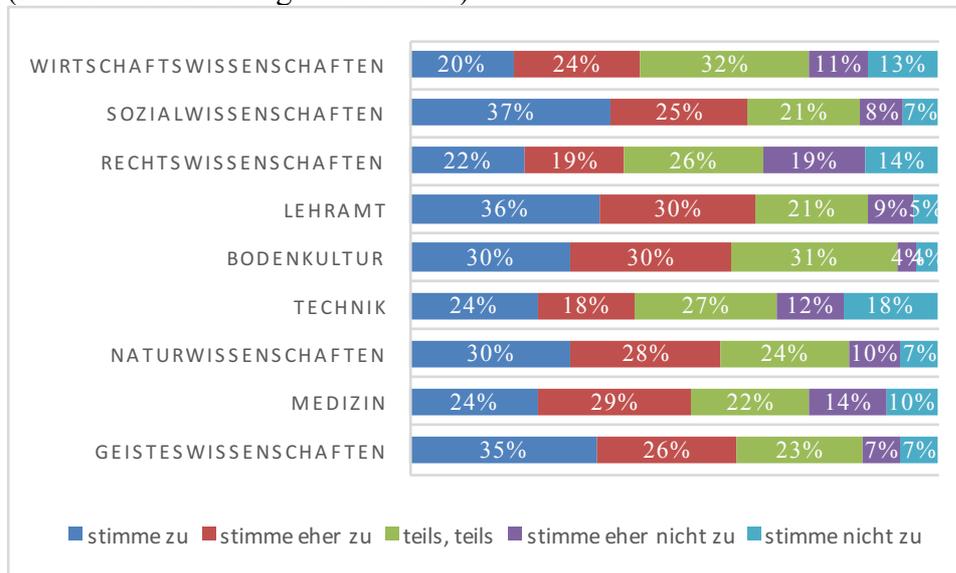
Auch hier zeigt sich wieder eine Differenz nach Geschlecht und Frauen stimmen der Aussage zu 66 % zu, Männer zu 44 %; Männer lehnen die Aussage zu 28 % ab, Frauen hingegen nur zu 12 %.

Auch nach Studienrichtung zeigen sich Unterschiede beim Antwortverhalten: Studierende im Lehramt (66 %), in den Sozialwissenschaften (63 %) und den Geisteswissenschaften (61 %)

stimmen der Aussage deutlich öfter zu. Studierende der Rechtswissenschaften (33 %), Technik (30 %) und Medizin (24 %) lehnen die Aussage deutlicher ab.

Abbildung 59

Zuwanderer/Zuwanderinnen machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen (nach Studienrichtung differenziert)

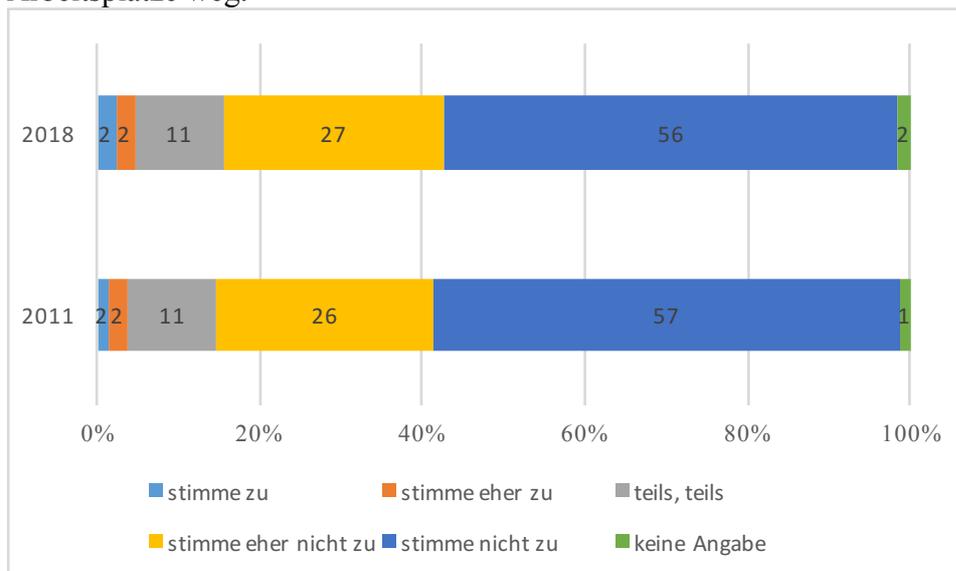


Quelle: Umfrage 2018

Der Aussage, dass Zuwanderer/Zuwanderinnen Menschen, die in Österreich geboren sind, die Arbeitsplätze wegnehmen, stimmen 4 % zu, 83 % lehnen dies ab, 11 % antworten „teils, teils“, weitere 2 % machen keine Angaben. 2011 stimmten 4 % zu, 83 % stimmten der Aussage nicht zu.

Abbildung 60

Zuwanderer/Zuwanderinnen nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, die Arbeitsplätze weg.



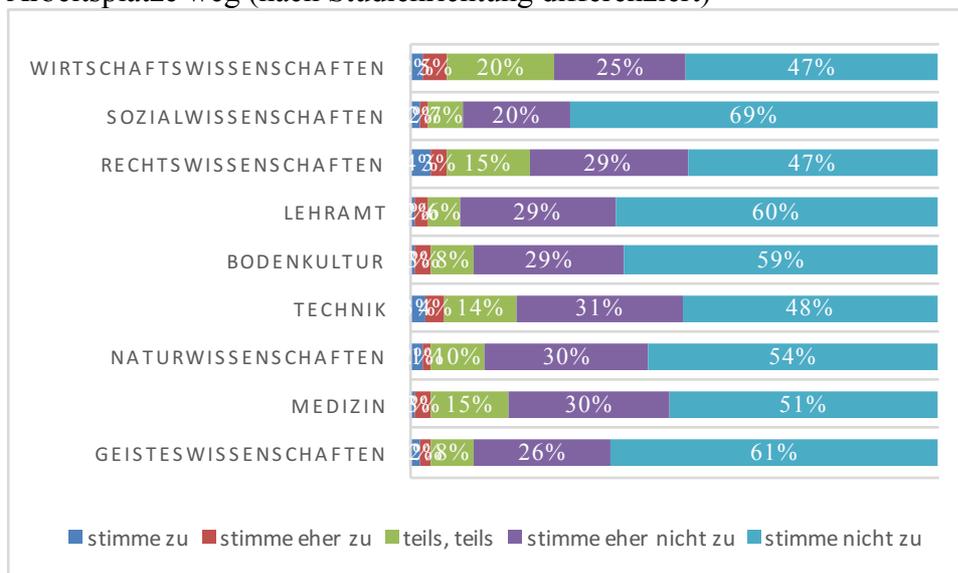
Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Geschlecht zeigt sich wiederum ein Unterschied, wobei Männer mit 6 % doppelt so oft zustimmen wie Frauen mit 3 %. Frauen lehnen die Aussage mit 90 % umgekehrt deutlicher ab als Männer mit 78 %.

Auch nach Studienrichtung zeigt sich, dass Studierende im Lehramt und in den Sozialwissenschaften (beide 89 %) sowie der Bodenkultur (88 %) die Aussage deutlich stärker ablehnen. Studierende der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie Technik stimmen der Aussage mit 7 % öfter zu bzw. deklarieren sich seltener, da sie im Vergleich häufig mit „teils, teils“ antworten (Wirtschaftswissenschaften 20 %, Rechtswissenschaften 15 %, Technik 14 %).

Abbildung 61

Zuwanderer/Zuwanderinnen nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, die Arbeitsplätze weg (nach Studienrichtung differenziert)

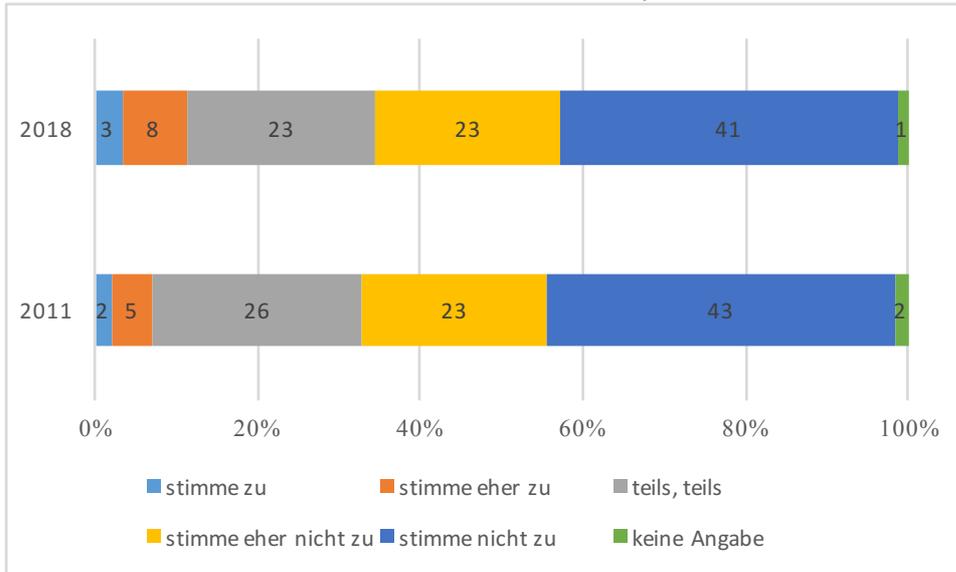


Quelle: Umfrage 2018

Dass Zuwanderer/Zuwanderinnen nur nach Österreich kommen, um den Sozialstaat auszunutzen, geben 11 % der Befragten an, 64 % sehen dies nicht so. Mit 23 % „teils, teils“ gibt es auch einen großen Teil, der nicht eindeutig Stellung beziehen will. 2011 stimmten 7 % der Befragten zu, 66 % stimmten nicht zu, 26 % konnten sich nicht entscheiden und wählten „teils, teils“.

Abbildung 62

Zuwanderer/Zuwanderinnen kommen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen.

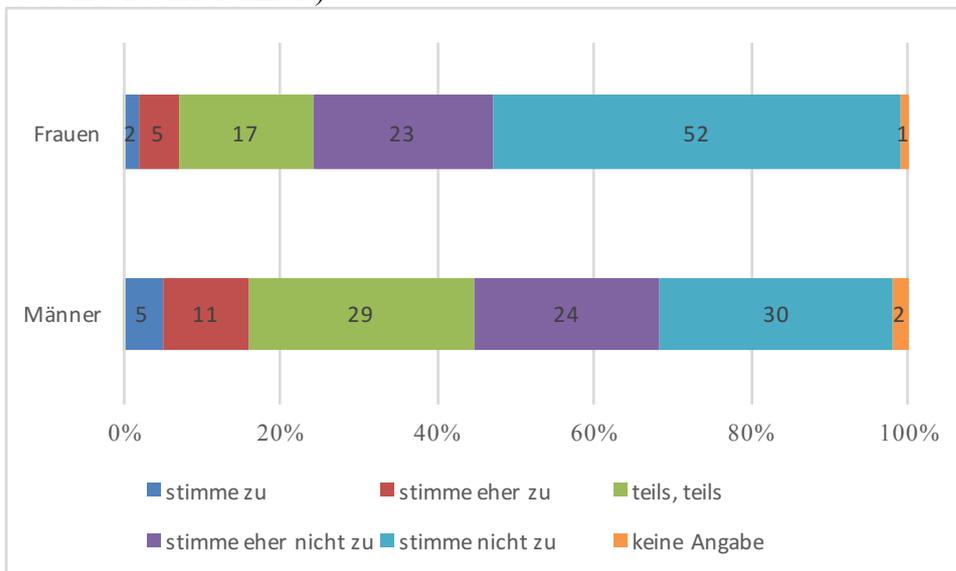


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Auch hier zeigt sich wieder ein großer Unterschied nach Geschlecht: Frauen stimmen der Aussage mit 7 % zu, Männer mit 16 %. Weiters lehnen Frauen die Aussage mit 75 % klarer ab als Männer mit 54 %; wobei sich Letztere mit 29 % „teils, teils“ auch seltener deklarieren als Frauen (mit 17 %).

Abbildung 63

Zuwanderer/Zuwanderinnen kommen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen (nach Geschlecht differenziert)

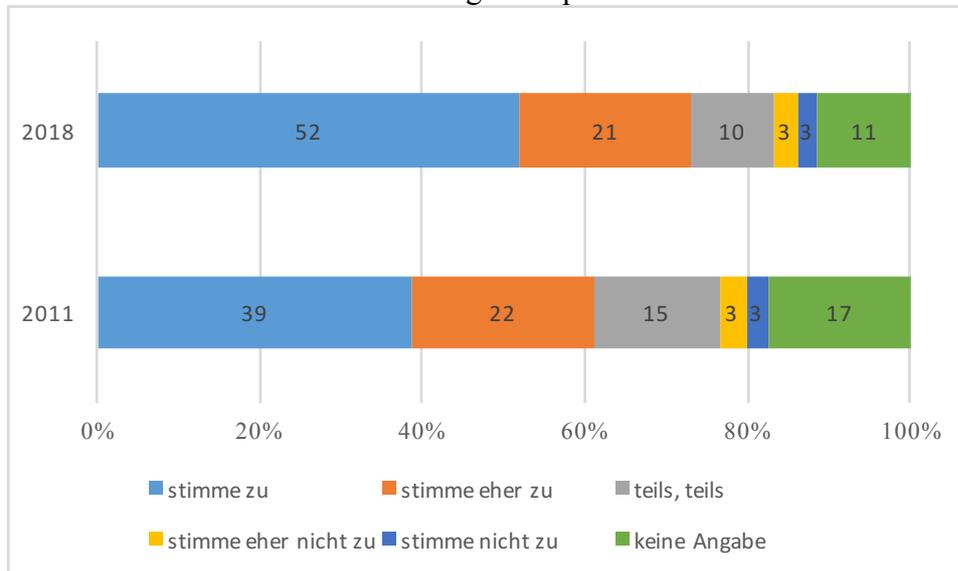


Quelle: Umfrage 2018

73 % geben an, dass Österreich von der Grenzöffnung 1989 profitiert hat, 6 % stimmen dem nicht zu, 10 % antworten mit „teils, teils“ und weitere 11 % machen keine Angaben. 2011 stimmten vergleichsweise nur geringe 61 % der Studierenden stimmen zu, 6 % lehnten die Aussage ab; weitere 17 % gaben „weiß nicht“ an und 15 % konnten sich mit „teils, teils“ nicht eindeutig positionieren. Somit hat sich die Einstellung in den letzten Jahren zu einer

positiveren Haltung zur Grenzöffnung bzw. zum Profitieren Österreichs von der Grenzöffnung 1989 entwickelt.

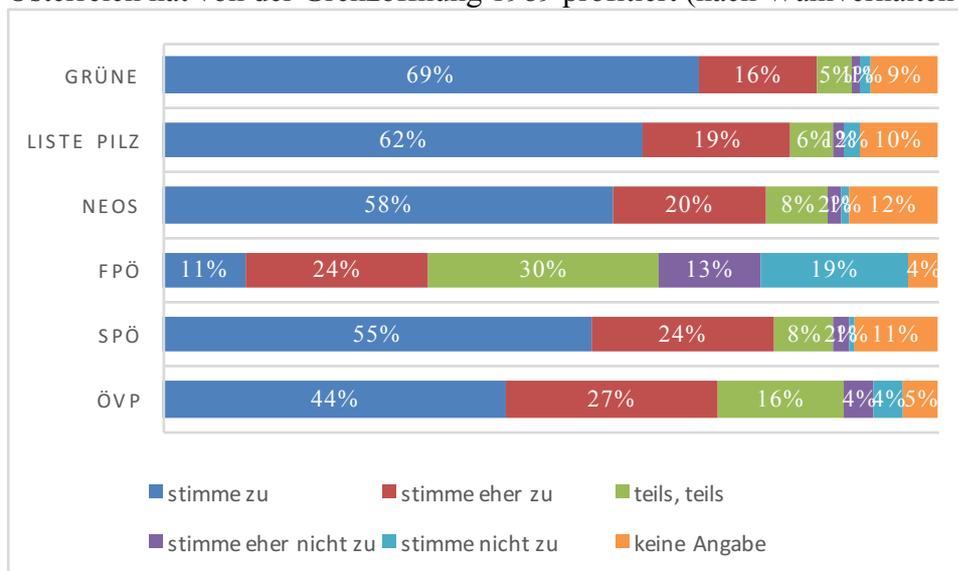
Abbildung 64
Österreich hat von der Grenzöffnung 1989 profitiert.



Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Wahlverhalten zeigt sich, dass v.a. studentische WählerInnen der Grünen (85 %), der Liste Pilz (81 %) und der SPÖ (79 %) die Grenzöffnung positiv bewerten; bei den WählerInnen der FPÖ sehen dies nur 35 % positiv und auch bei der ÖVP zeigen sich mit 71 % knapp unterdurchschnittliche Werte.

Abbildung 65
Österreich hat von der Grenzöffnung 1989 profitiert (nach Wahlverhalten differenziert)



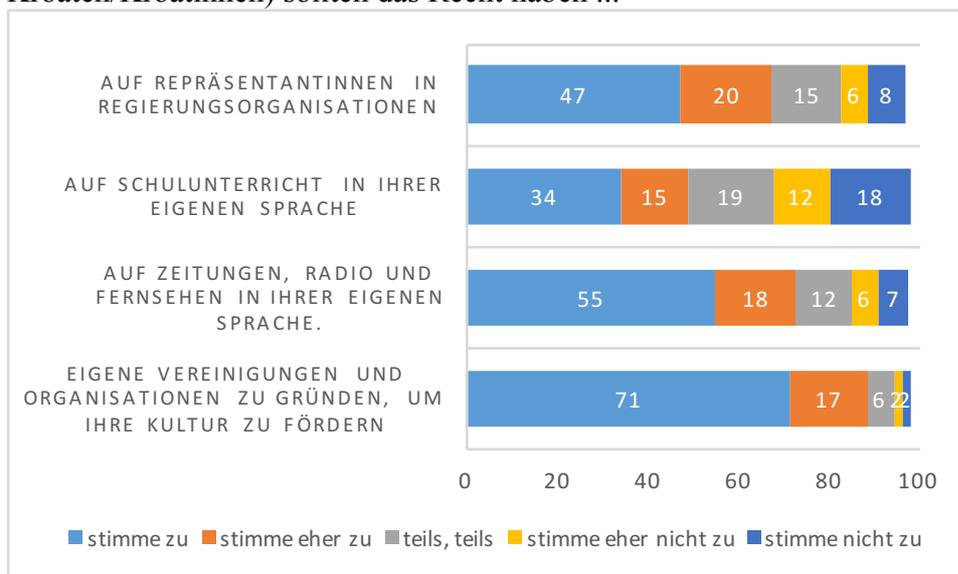
Quelle: Umfrage 2018

Bei den Fragen nach den Rechten von traditionellen Minderheiten wie z.B. Kärntner Slowenen/Sloweninnen oder Burgenländischen Kroaten/Kroatinnen geben 89 % an, dass sie für die Gründung von eigenen Vereinigungen und Organisationen, um die Kultur zu fördern, sind (2011: 90 %); weitere 73 % befürworten Zeitungen, Radio und Fernsehen in der Sprache

der Minderheit (2011: 72 %); auch die Vertretung durch politische Repräsentanten/Repräsentantinnen in lokalen, regionalen und nationalen Regierungen wird von 67 % der Studierenden befürwortet (2011: 72 %). Beim Schulunterricht in der Sprache der jeweiligen Minderheit sind jedoch nur noch 49 % für dieses Recht (2011: 49 %), 30 % lehnen es ab (2011: 30 %) und 19 % sind mit „teils, teils“ unentschlossen (2011: 20 %).

Abbildung 66

Traditionelle Minderheiten (wie z.B. Kärntner Slowenen/Sloweninnen oder Burgenländische Kroaten/Kroatinnen) sollten das Recht haben ...

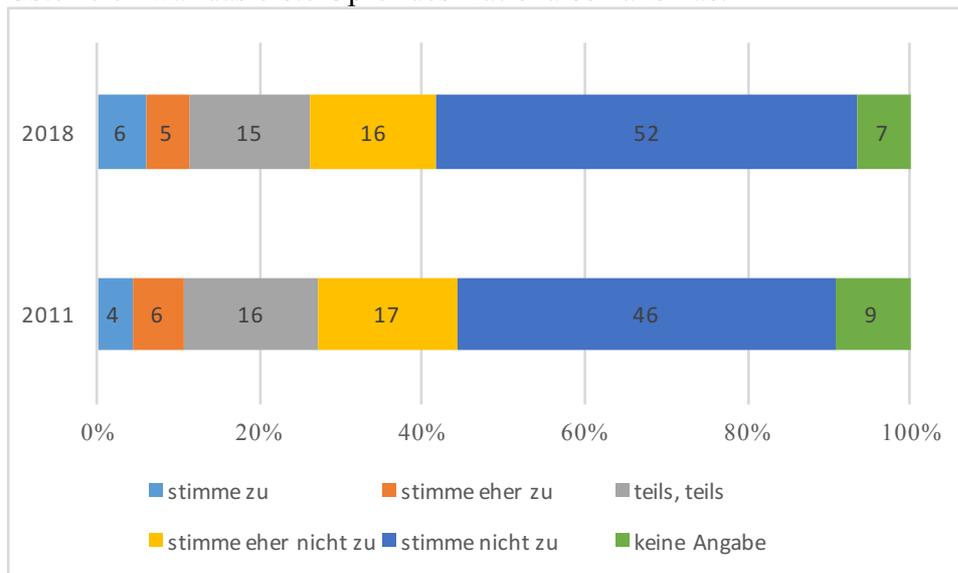


Quelle: Umfrage 2018

2.5 Geschichtsverarbeitung

Der Aussage, dass Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus war, stimmen 11 % zu, 68 % stimmen nicht zu, 15 % deklarieren sich mit „teils, teils“ nicht eindeutig und weitere 7 % machen keine Angaben. 2011 stimmten 10 % zu, 63 % stimmten nicht zu, 16 % deklarieren sich mit „teils, teils“ nicht eindeutig (weitere 9 % gaben „weiß nicht“ an).

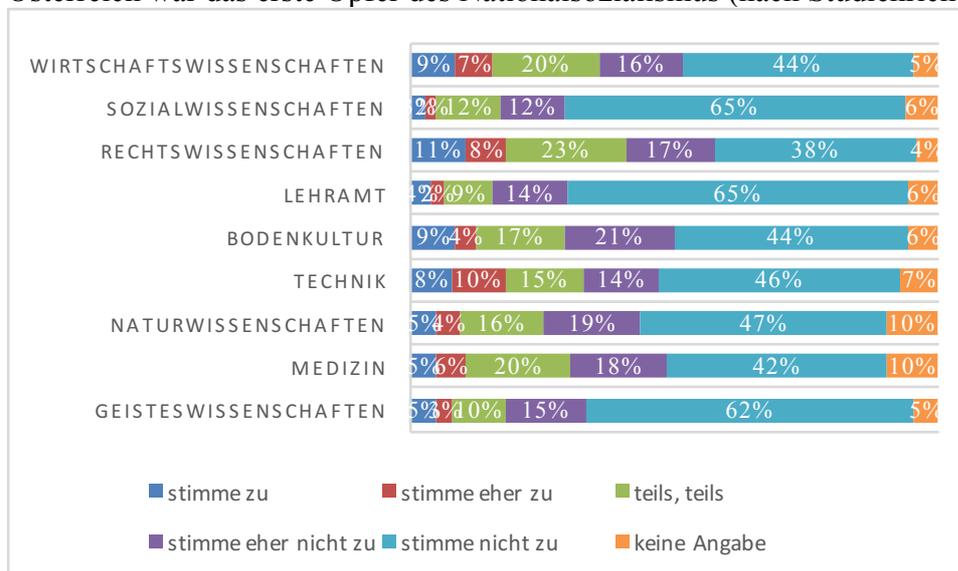
Abbildung 67
 Österreich war das erste Opfer des Nationalsozialismus.



Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert stimmen Studierende der Rechtswissenschaften (19 %) und Technik (18 %) sowie Wirtschaftswissenschaften (16 %) dieser Aussage öfter zu. Studierende im Lehramt (79 %), der Sozial- und Geisteswissenschaft (beide 77 %) lehnen die Aussage deutlicher ab.

Abbildung 68
 Österreich war das erste Opfer des Nationalsozialismus (nach Studienrichtung differenziert)

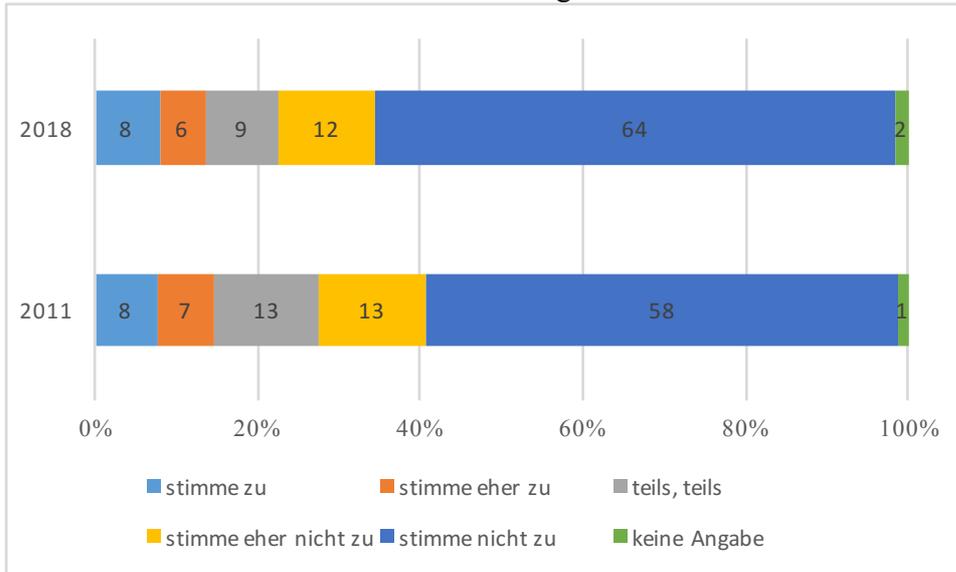


Quelle: Umfrage 2018

14 % stimmen der Aussage zu, dass die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust beendet werden sollte, 76 % lehnen diese ab, 9 % antworten „teils, teils“, weitere 2 % machen keine Angaben. 2011 stimmten 15 % der Studierenden zu, 71 % lehnten ab.

Abbildung 69

Die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sollte beendet werden.

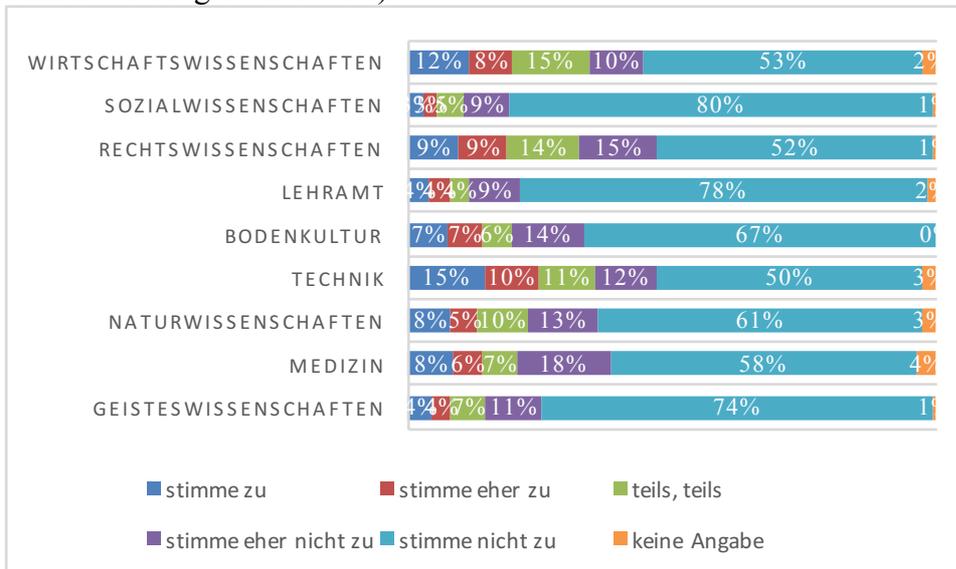


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert zeigt sich, dass v.a. Studierende aus dem Technik-Bereich dieser Aussage mit 25 % zustimmen, Wirtschaftswissenschaften mit 20 % und der Rechtswissenschaften mit 18 %. Umgekehrt lehnen wiederum Studierende der Sozialwissenschaften (89 %), im Lehramt (87 %) und der Geisteswissenschaften (85 %) diese Aussage stärker ab.

Abbildung 70

Die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sollte beendet werden (nach Studienrichtung differenziert)



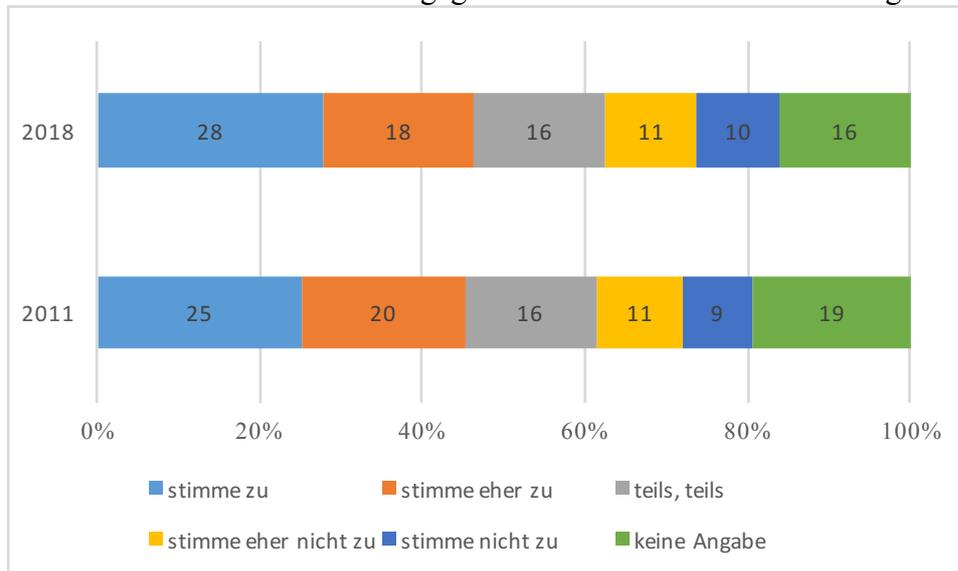
Quelle: Umfrage 2018

46 % stimmen der Aussage „Der österreichische Widerstand gegen die NS-Herrschaft war wichtig für die Befreiung“ zu, 21 % stimmen nicht zu, 16 % können sich mit „teils, teils“ nicht entscheiden und weitere 16 % machten bei dieser Frage keine Angabe. 2011 stimmten 45 % zu, 20 % stimmten nicht zu, 16 % antworteten „teils, teils“ und weitere 19 % „weiß nicht“. Somit zeigt sich, dass sich die Studierenden bei dieser Frage deutlich schwerer tun

eine klare Aussage zu treffen – eventuell ist die Frage zu verkürzt und ohne zusätzlichen Kontext bzw. Konkretisierung schwer zu verstehen.

Abbildung 71

Der österreichische Widerstand gegen die NS-Herrschaft war wichtig für die Befreiung.

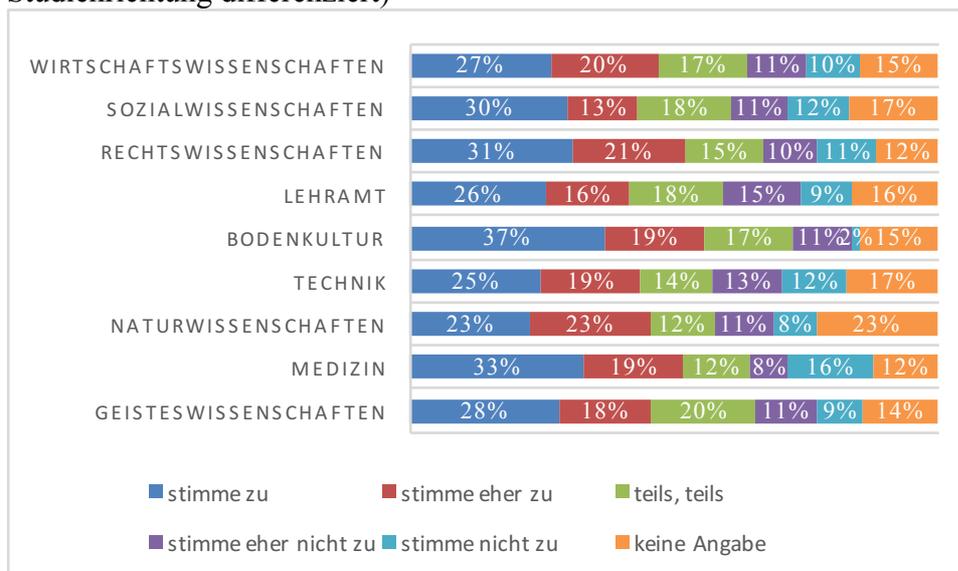


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Studierende der Bodenkultur (56 %) sowie der Medizin und Rechtswissenschaften (jeweils 52 %) stimmen der Aussage stärker zu. Auffallend ist bei dieser Frage der hohe Anteil an Personen, die keine Angabe machen – von 23 % in den Naturwissenschaften bis 12 % in den Rechtswissenschaften und der Medizin.

Abbildung 72

Der österreichische Widerstand gegen die NS-Herrschaft war wichtig für die Befreiung (nach Studienrichtung differenziert)



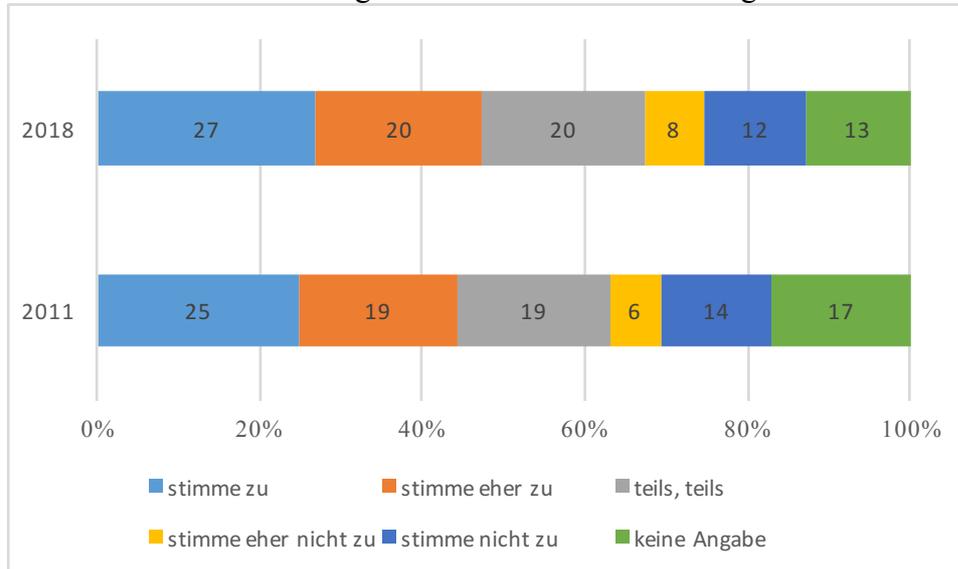
Quelle: Umfrage 2018

47 % der Studierenden stimmen zu, dass viele ÖsterreicherInnen Nutzen aus der Ermordung der Juden/Jüdinnen gezogen haben, 20 % stimmen nicht zu, weitere 20 % wollen sich mit „teils, teils“ nicht eindeutig deklarieren und 13 % machen bei dieser Aussage keine Angabe.

2011 stimmten 44 % der Studierenden zu, 20 % stimmten nicht zu. Auch bei dieser Aussage zeigte sich eine hohe Unentschlossenheit mit 19 % „teils, teils“ und 17 % „weiß nicht“.

Abbildung 73

Viele ÖsterreicherInnen zogen Nutzen aus der Ermordung der Juden/Jüdinnen.

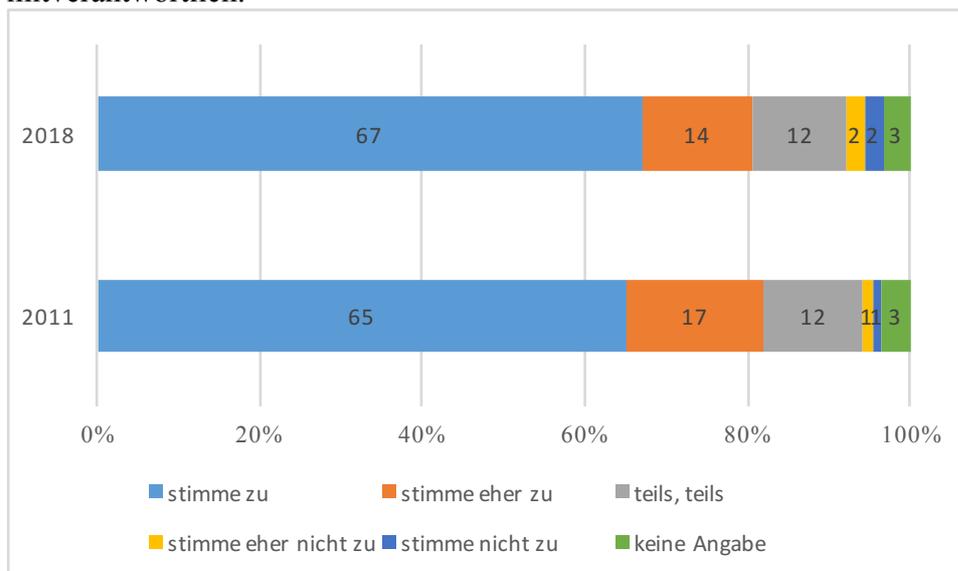


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Der Aussage, dass ÖsterreicherInnen für das Schicksal der Juden/Jüdinnen zwischen 1938 und 1945 mitverantwortlich waren, stimmen 81 % der Studierenden zu, 4 % stimmen nicht zu, 12 % können sich mit „teils, teils“ nicht entscheiden, weitere 3 % machen keine Angaben. 2011 stimmten 82 % der Studierenden zu, 2 % stimmten nicht zu.

Abbildung 74

ÖsterreicherInnen waren für das Schicksal der Juden/Jüdinnen zwischen 1938 und 1945 mitverantwortlich.

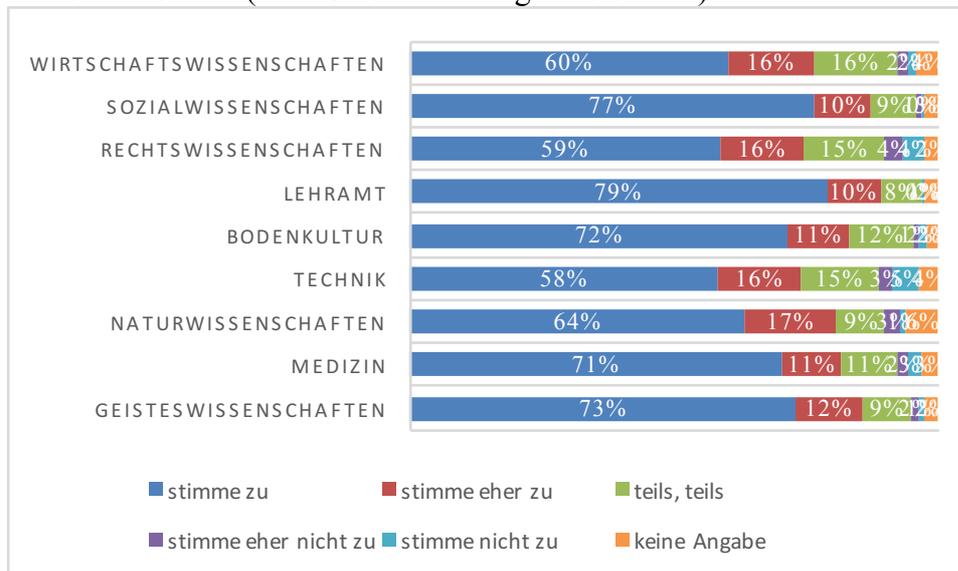


Quelle: Umfrage 2018 & 2011

Nach Studienrichtung differenziert stimmen der Aussage v.a. Studierende im Lehramt (89 %) und der Sozialwissenschaften (87 %) zu; bei Studierenden aus der Technik (74 %) und den Rechtswissenschaften (75 %) fällt die Zustimmung hingegen geringer aus.

Abbildung 75

ÖsterreicherInnen waren für das Schicksal der Juden/Jüdinnen zwischen 1938 und 1945 mitverantwortlich (nach Studienrichtung differenziert)



Quelle: Umfrage 2018

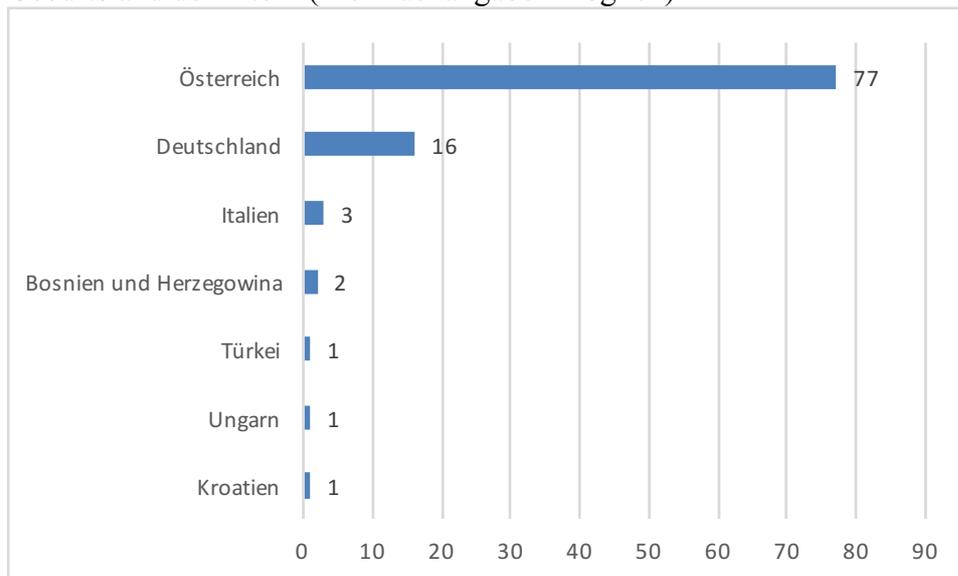
2.6 Struktur der Umfrage-TeilnehmerInnen

An der Umfrage haben mehr Männer als Frauen teilgenommen: 51 % waren Männer, 46 % Frauen, 3 % entschieden sich für beim Geschlecht für die angebotene 3. Option.

Die Befragten sind zu einem gutem Fünftel (21 %) zwischen 18 und 22 Jahren alt, etwas mehr als ein Viertel (26 %) sind zwischen 23 und 25 Jahre alt, ein weiteres gutes Fünftel (21 %) sind zwischen 26 und 28 Jahre alt. Weitere 20 % sind zwischen 29 und 37 Jahre alt, die restlichen 10 % sind älter als 37 Jahre.

Die Eltern der Befragten kommen überwiegend aus Österreich (77 %), Deutschland (16 %) und Italien (3 %).

Abbildung 76
Geburtsland der Eltern (Mehrfachangaben möglich)

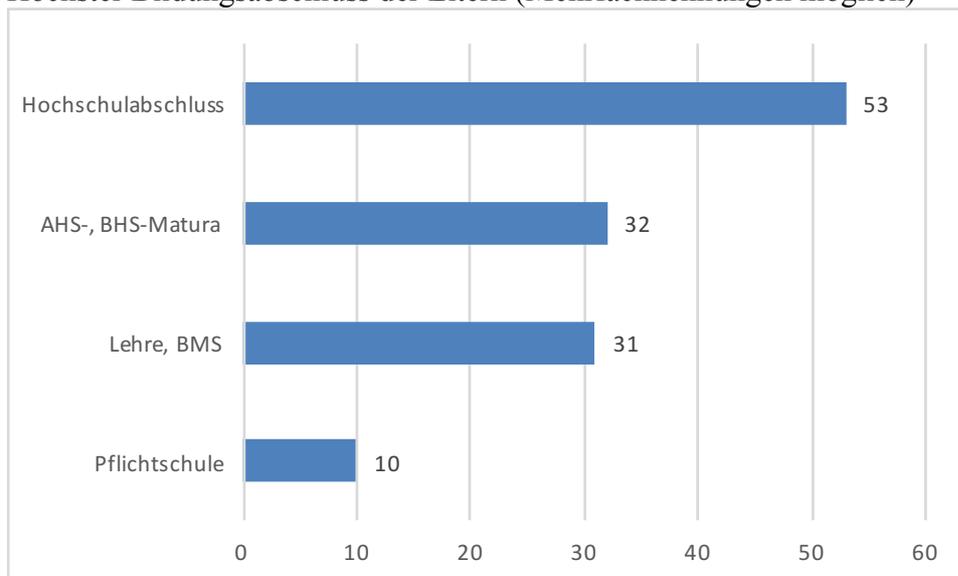


Quelle: Umfrage 2018

Auch bei den Großeltern zeigt sich eine ähnliche Verteilung mit 76 % Österreich, 19 % Deutschland und 6 % Italien. Es folgen 4 % Ungarn, jeweils 2 % Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, und ein gutes Prozent aus der Türkei.

Beim höchsten Bildungsabschluss der Eltern der Befragten zeigt sich, dass die Mehrheit (53 %) zumindest einen Elternteil mit akademischem Abschluss hat, weitere 32 % der Eltern weisen eine AHS- oder BHS-Matura auf, 31 % einen Lehr- oder BMS-Abschluss. Bei 10 % weist mindestens ein Elternteil maximal Pflichtschulabschluss auf.

Abbildung 77
Höchster Bildungsabschluss der Eltern (Mehrfachnennungen möglich)

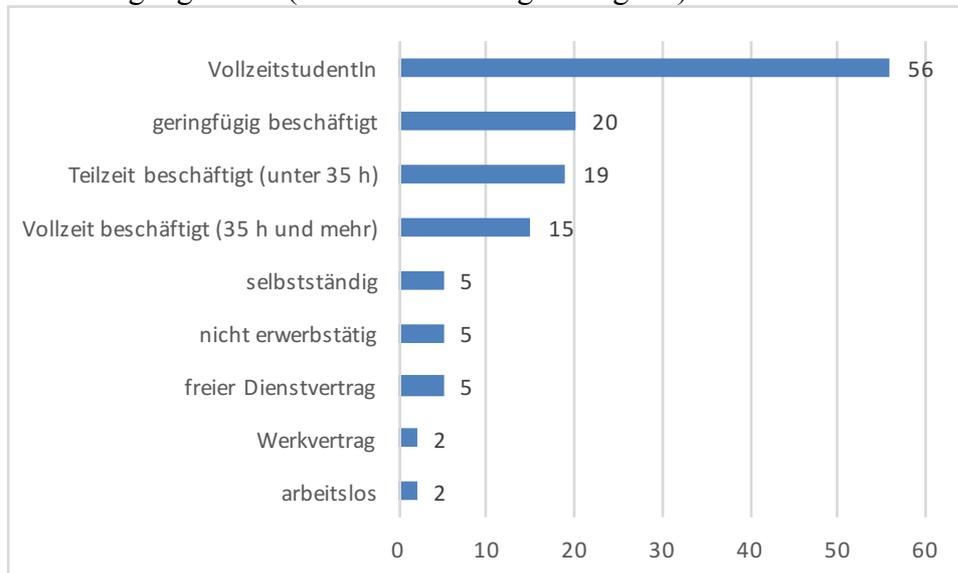


Quelle: Umfrage 2018

Nach der Beschäftigungssituation befragt gibt eine klare Mehrheit (56 %) an VollzeitstudentIn zu sein, 20 % sind geringfügig beschäftigt, 19 % Teilzeit beschäftigt (unter 35 Wochenstunden). 15 % Vollzeit beschäftigt, jeweils 5 % sind selbstständig, nicht-

erwerbstätig oder arbeiten in einem freien Dienstvertrag. 2 % arbeiten auf Werkvertragsbasis und weitere 2 % bezeichnen sich als arbeitslos.

Abbildung 78
Beschäftigungsstatus (Mehrfachnennungen möglich)

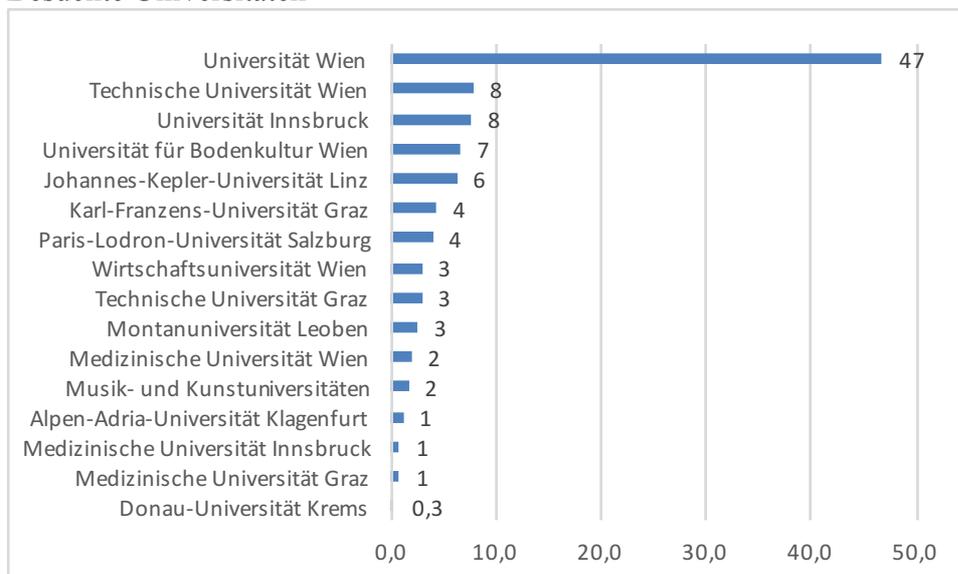


Quelle: Umfrage 2018

Die Befragten sind v.a. an der Universität Wien inskribiert (47 %), gefolgt von der TU Wien und der Universität Innsbruck (jeweils 8 %), der Universität Linz (6 %), der Universität Graz (4 %), der WU Wien, TU Graz und der Montanuniversität Leoben (alle 3 %).

Von den Fallzahlen her betrachtet sind von der Donau-Universität Krems und der Universität Klagenfurt zu wenige Fragebögen eingegangen, um diese Standorte differenziert auswerten zu können. Bei den medizinischen Universitäten ergibt sich durch die Zusammenfassung der drei Standorte eine ausreichende Fallzahl (109), um diese als eigene Studienrichtung bei der Auswertung anführen zu können.

Abbildung 79
Besuchte Universitäten



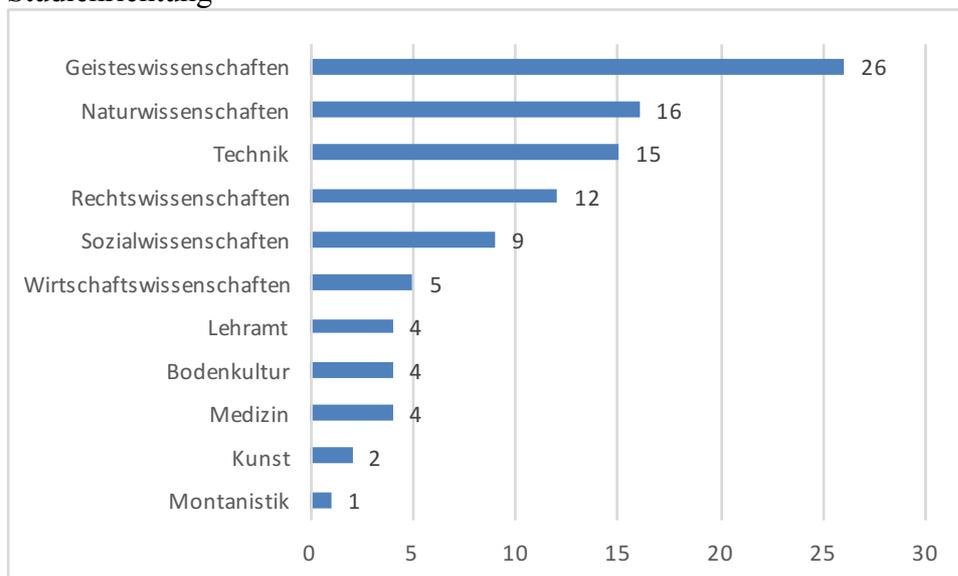
Quelle: Umfrage 2018

26 % der Befragten studieren im Bereich Geisteswissenschaften, 16 % Naturwissenschaften und 15 % Technik;⁹ 12 % Rechtswissenschaften, 9 % Sozialwissenschaften, 5 % Wirtschaftswissenschaften, jeweils 4 % Lehramt und Bodenkultur, 2 % Kunst und 1 % Montanistik.¹⁰

Bei der Einteilung der Studienrichtungen wurde jenen der Statistik Austria gefolgt, die wiederum auf ISCED 2011 basiert und somit international vergleichbar ist. Diese wurde gewählt, um eine Gewichtung nach Studienrichtung – basierend auf den Zahlen zu den Studierenden von Statistik Austria vornehmen zu können (Statistik Austria 2017, UNESCO 2012).

Nur das Lehramt wurde als eigene Kategorie angeführt, da dieses über verschiedene Studienrichtungen hinweg angetroffen werden kann.

Abbildung 80
Studienrichtung



Quelle: Umfrage 2018

⁹ In den Bereich Naturwissenschaften fallen laut ISCED 2011 u.a. Mathematik und Statistik sowie Informatik; In den Bereich Technik fallen z.B. Ingenieurwissenschaften oder Architektur; siehe: UNESCO (2012): ISCED 2011, 75f.

¹⁰ siehe Statistik Austria (2017): Bildung in Zahlen und http://statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/universitaeten_studium/index.html (2018-02-26). Da nach Studienrichtungen offizielle Daten zu den Studierenden vorliegen, konnte eine Gewichtung nach Studienrichtung vorgenommen werden.

3 Literaturverzeichnis

Statistik Austria (2017): Bildung in Zahlen 2015/16. Schlüsselindikatoren und Analysen.

UNESCO (2012): International Standard Classification of Education ISCED 2011

Ziegler, Petra (2011): Umfrage zu Autoritarismus und nationalem Selbstverständnis unter österreichischen Studierenden. Projektbericht